



Dr. Paul Beinhofer:

Regierung setzt auf Weinprüfung online

Eine Vorreiterrolle in der Qualitätsprüfung beschreitet der unterfränkische Regierungspräsident beim eGovernment für Winzer.

Seite 9



Gabriele Bauer:

Open Space in der IT-Region Rosenheim

Eine grenzüberschreitende Vernetzung strebt die Rathauschefin für die Region Salzburg-Rosenheim-Kufstein-Traunstein-Berchtesgadener Land an.

Seite 9



Dr. Thomas Goppel:

Streifzüge in die Vergangenheit

Der Kunst- und Wissenschaftsminister würdigte die Bedeutung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege am Tag des offenen Denkmals.

Seite 2

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 23. September 2004

54. Jahrgang / Nummer 18

KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss:

Standards unter die Lupe nehmen!

Die Neue Bayerische Bauordnung, eine Fortsetzung der Novellen von 1994 und 1998, ist derzeit in aller Munde. Grund genug, dieses Thema neben Fragen zum Kommunalen Finanzausgleich und einem Bericht zu Hartz IV auf die Tagesordnung der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung in München zu setzen. Als Berichterstatter fungierten Innenstaatssekretär Georg Schmid, KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun und dessen Stellvertreter Hanns Dorfner.

Staatssekretär Schmid beleuchtete eingangs die Entwicklung der Neuen Bayerischen Bauordnung während der vergangenen zehn Jahre. Dabei kam er zum Ergebnis, dass bereits das gegenwärtige Verfahren nur noch einen erheblich eingeschränkten Prüfungsumfang kennt. Betroffen seien 80 Prozent aller Fälle; „auch gewerbliche Vorhaben unterhalb der Sonderbautengrenze sind eingeschlossen“.

Im vergangenen Jahr gab die

am Bau Beteiligten und weniger „Rundumbetreuung“ durch die Behörden sowie weniger Verfahren und weniger materielle Anforderungen.

Regelungsschwerpunkte

Als Regelungsschwerpunkte des Gesetzentwurfs nannte Schmid die Ausdehnung der Genehmigungsfreistellung bis zur Sonderbautengrenze, die Prüfung des Bauplanungsrechts und des sog. aufgedrängten Rechts



In Athen holte sie Gold und Silber, in München gab's jetzt noch mal Gold: Landwirtschaftsminister Josef Miller (rechts) überreichte der Olympia-Siegerin, Ulla Salzgeber aus Bad Wörishofen, die Staatsmedaille in Gold. Ihre schwäbische Heimat machte sie zur Ehrenbürgerin. Den siegreichen Wallach Rusty kann das Publikum in der kommenden Saison bestaunen bei den weltberühmten Pferdegalas „Apassionata“, die Gerhard Schmitt-Thiel (links) erneut moderiert. Mit der Auszeichnung wolle sich die Staatsregierung für die exzellenten Leistungen der bayerischen Spitzensportlerin bedanken, sagte Miller. Mit ihren herausragenden Erfolgen habe Ulla Salzgeber wesentlich dazu beigetragen, Bayern als bedeutendes Pferdeland weltweit zu präsentieren. Wörtlich sagte er: „Sie sind die große Stilistin unter den Dressurreiterinnen der Weltspitze.“

im vereinfachten Verfahren, die Reduktion der herkömmlichen Baugenehmigung sowie die Privatisierung der Prüfung und Überwachung bautechnischer Nachweise. Im materiellen Bereich ist wiederum ein neues Gebäudeklassensystem mit neuem Brandschutzkonzept geplant, zudem eine drastische Vereinfachung des Abstandsflächenrechts, die Neugestaltung der Stellplatzanforderungen sowie die Verminderung der Anforderungen an Wohn- und Aufenthaltsräume.

Kritikpunkte

Schmid zufolge gibt es Kritik an der Änderung der Genehmigungsfreistellung. Bemängelt werde die zu riskante Ausweitung in den gewerblichen Bereich, die fatale Folgen für den Investor bringe, der keine Rechts-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Handwerkskammer für München und Oberbayern:

Weiter gedrückte Stimmung im Handwerk

Traublinger: „Man muss Betriebe arbeiten lassen!“

Im Handwerk ist und bleibt die Stimmung gedrückt, erklärte Handwerkskammerpräsident Heinrich Traublinger, MdL, vor der Presse in München. Die schwache Binnennachfrage sei letztlich der Grund, warum das oberbayerische Handwerk für das erste Halbjahr 2004 eine Stagnation beim Umsatz und einen Beschäftigungsrückgang von ca. einem Prozent auf rund 300.000 Stellen hinnehmen musste.

Für das Gesamtjahr 2004 erwarte das oberbayerische Handwerk bei den Beschäftigten ein leichtes Minus und bei den Umsätzen ein Verharren auf dem Vorjahrsniveau. Mit diesen Zahlen stehe das Handwerk in Oberbayern im Bundesvergleich sogar noch gut da, denn der Zen-

tralverband des Deutschen Handwerks rechne für das laufende Jahr mit einem Umsatzrückgang von einem bis zwei Prozent und einer Verringerung der Beschäftigtenzahl von mindestens drei Prozent, so Traublinger.

Einbruch bei der öffentlichen Hand

Dem Handwerk mache insbesondere zu schaffen, dass im Gegensatz zum Export die Binnennachfrage nicht nachzieht und der Bau sich vollkommen vom Konjunkturzug abgekoppelt hat. Traublinger: „Zwischen 1998 und 2003 sanken die Bauinvestitionen in Deutschland um 14,4 Prozent, während sie in der EU um 6,9 Prozent zunahmen. Zurückzuführen war dieser Absturz nicht zuletzt auf die in diesem Zeitraum um 29 Prozent zurück-

gefahrenen Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Baumaß-

(Fortsetzung auf Seite 2)



„Sprache ist Ausdruck des Geistes,“ zitiert unsere Vorkammerperle den Dichter Novalis, während sie über den Gebrauch von Fremdwörtern und Fachbegriffen im Deutschen sinniert. Ihr Bürgermeister gibt sich pragmatisch: Er nutzt Fachbegriffe - egal welcher Sprache - da, wo es nötig ist, und bleibt bei der Muttersprache, so weit es geht. S. 11



Von links: Staatssekretär Georg Schmid, die Landräte Hanns Dorfner (im Hintergrund) und Luitpold Braun sowie KPV-Geschäftsführer Florian Hahn. Foto: Rappold

Henzler-Kommission die Empfehlung, die bayerischen Reformen im Bereich des Baurechts „konsequent fortzusetzen, um das Verfahren weiter zu erleichtern und den Prüfungsumfang zu reduzieren“. Konkret bedeutet dies mehr Eigenverantwortung der



Intensiv war der Dialog zu Fragen der Verwaltungsreform, die auf der Tagesordnung eines Treffens der bayerischen Regierungspräsidenten mit Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Superminister Erwin Huber in der Staatskanzlei standen. Unser Bild zeigt (v. l.): Karl Inhofer, (Mittelfranken), Hans Angerer (Oberfranken), Dr. Paul Beinhofer (Unterfranken), Werner-Hans Böhm (Oberbayern), Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Ludwig Schmid (Schwaben), Dr. Wilhelm Weidinger (Oberpfalz), Dr. Walter Zitzelsberger (Niederbayern) und Staatsminister Erwin Huber. Foto: Firsching

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite	
Stadt-Umland-Beziehungen in Zeiten knapper Kassen	... 3
Haushalt ohne neue Schulden	... 3
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Solide Finanzpolitik braucht Spielräume	... 3
Formularangebot im Landkreisnetz	... 3
GZ-Fachthema zur SYSTEMS 2004: EDV-Ausstattung für die Kommunalverwaltung	... 4 - 9
Aus den bayerischen Kommunen	... 10 - 12
Verwaltungsreform im Visier	... 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

„Tag des offenen Denkmals“ 2004:

Streifzüge in die Vergangenheit

Was ist das Cellarium eines Laienrefektoriums? Was hat man sich unter einem Laubenganghaus vorzustellen? Wie kann man auf einem Grabungsfeld an alten Mauerresten etwas über die Stadtentwicklung ablesen? Was stellen engagierte Bürger zur Rettung eines alten Wasserturms auf die Beine? Auf Fragen wie diese hielt der diesjährige „Tag des offenen Denkmals“ vielfältige Antworten parat.

Wenn jedes Jahr am zweiten Sonntag im September historische Bauten und Stätten, die sonst nicht oder nur teilweise zugänglich sind, ihre Türen öffnen, sind Millionen von Architektur- und Geschichtsliebhabern zu Streifzügen in die Vergangenheit eingeladen. „Geschichte zum Anfassen“ bietet der Denkmaltag dem Besucher dabei in wohl einmaliger Weise. Ziel ist es, die Öffentlichkeit für die Bedeutung des kulturellen Erbes zu sensibilisieren und Interesse für die Belange der Denkmalpflege zu wecken.

Schwerpunktthema Wasser

Der 12. „Tag des offenen Denkmals“ stand unter dem Motto „Wie läuft's? - Schwerpunktthema Wasser“. In Bayern konnten wieder weit über 600 Denkmäler besichtigt werden. Fast alle Landkreise und Städte hatten sich beteiligt und ein interessantes Programm erarbeitet. Wasserkraftwerke, Schleusensysteme, historische Mühlen, Hammerwerke und zahlreiche andere Gebäude passend zum Thema wurden den Interessierten näher gebracht. Zusätzlich öffnete eine Vielzahl weiterer Gebäude, die sonst nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind, ihre Pforten. Führungen und Rundgänge erweiterten das Programm. In fachkundigen Führungen berichteten Denkmalpfleger an konkreten Beispielen über die Aufgaben und Tätigkeiten der Denkmalpflege. Archäologen, Restauratoren und Handwerker demonstrierten Arbeitsweisen und -techniken und lenkten den Blick auf Details, die einem ungeschulten Auge verborgen bleiben.

In der Landeshauptstadt Mün-

chen lud das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege interessierte Besucher in sein Amtsgelände, die „Alte Münze“ ein. Als Hofmarstall und Kunstkammer 1563 bis 1567 erbaut, diente der Vierflügelbau, der sich um einen

den auch Führungen angeboten, wie zum Beispiel in Englmeng, das zur Pfarrei Oberndorf gehört und östlich von Ebersberg liegt. Dort führte Kreisheimatpfleger Markus Kramer durch die Filialkirche St. Johann Baptist. Die im Kern noch romanische Kirche zählt sowohl ihrer Bauge-schichte nach als auch aufgrund der spätgotischen Ausstattung zu den herausragenden ländlichen Sakralbauten im Landkreis Ebersberg.



In Niederbayern eröffnete Bezirkspräsident Manfred Hölzlein (re.) den Festakt zum Tag des offenen Denkmals. Gemeinsam mit Staatsminister Erwin Huber (li.) zeichnete er die diesjährigen Preisträger Elisabeth und Hans Ossner aus. In Anlehnung an das diesjährige Motto des bundesweiten Aktionstages „Wie läuft's? - Schwerpunkt Wasser“ hatte der Leiter der Museen der Stadt Landshut, Dr. Franz Niehoff, für seinen Festvortrag den Titel „Mit allen Wassern gewaschen - Die Stadt als Denkmal am Fluss“ ausgewählt.

dreigeschossigen Arkadengang gruppiert, nach einem Umbau 1807 bis 1809 durch Andreas Gärtner im 19. Jahrhundert als Münze. Heute dient er dem Landesamt für Denkmalpflege als Dienstst.

Einblicke in sonst nicht zugängliche Denkmäler gewährten auch heuer wieder zahlreiche Kirchen und Klöster. Meist wur-

Fenster zur Vergangenheit

In der Würzburger Residenz wurden unter dem Motto „Fenster zur Vergangenheit“ historische und zum größten Teil nicht publizierte Fotografien aus dem Bildarchiv des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege gezeigt. Die bis 3. Oktober währende Ausstellung wurde durch die enge Zusammenarbeit zwischen der Schloss- und Gartenverwaltung Würzburg und dem Landesamt für Denkmalpflege ermöglicht. Die Ausstellung thematisiert den Wandel der Stadtgestaltung. Ob historische Aufnahmen oder prunkvolle Bürgerhausfassaden und Ausstattungen - all diese Beispiele unterstreichen auch die Bedeutung der Fotografie als kulturelles Gedächtnis.

Verlorene Stadtgestalten

Höhepunkt der Ausstellung ist die Visualisierung von Stereoskopie-Aufnahmen aus dem Bestand

des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, die die Firma CD-LAB Nürnberg-Bonn als Pilotversuch im Rahmen eines Non-profit-projects vorgenommen hat. Die verlorene Stadtgestalt und verlorene Interieurs können Besucher durch Polarisationsbrillen in 3-D erleben.

Kinderführungen

In Augsburg wiederum führte eine vom Landschaftspflegeverband der Stadt Augsburg durchgeführte Fahrradtour durch den Siebentischwald. Außerdem wurden Kinderführungen unter dem Motto „Augsburg ganz nass“ - Veranstalter Regio Augsburg - angeboten. Besichtigt werden konnten in der Fuggerstadt Denkmäler wie u.a. drei Wassertürme aus dem 15. und 16. Jahrhundert mit zwei Brunnenwächterhäusern, die für die Versorgung der oberen Altstadt und der Prachtbrunnen einge-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Standards unter die ...

(Fortsetzung von Seite 1) sicherheit mehr erhalte. Zudem seien die Entwurfsverfasser überfordert und eine nachträgliche Durchsetzung, z.B. immissionsschutzrechtlicher Anforderungen - wenn überhaupt - nur mit hohem Verwaltungsaufwand möglich. Dazu der Staatssekretär: „Die selben Argumente wurden schon der Novelle 1994 entgegengehalten. Nichts von alledem ist eingetreten. Gerade den Gemeinden obliegen weiterhin keinerlei Prüfpflichten, die mit zusätzlichem Personal- oder Sachaufwand verbunden wären. Es geht jetzt um die Grundfrage:

Mehr Staat und mehr Verfahren oder mehr Eigenverantwortung - auch mit den damit verbundenen Nachteilen und Unbequemlichkeiten. Das gilt auch für nachträgliches bauaufsichtliches Einschreiten.“ Wenn Deregulierung nicht bloße Sonntagsrede bleiben soll, müssten auch Standards in Frage gestellt werden, schloss Schmid seine Ausführungen.

Sichere Grundausrüstung

In seinem Bericht zum kommunalen Finanzausgleich wies KPV-Vorsitzender Luitpold Braun darauf hin, dass die Grundausrüstung für die Gemeinden im Verwaltungshaushalt gesichert ist. Dies liege an der leichten Erhöhung der im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden Schlüsselmasse. Gleiches gelte für die Leistungen für die Bezirke. Die um 160 Mio. Euro aufgestockten Mittel seien zwar niedriger als von den Bezirken erhofft, „aber doch weit über das was wir befürchtet haben“. Das Ergebnis, so Braun, verdiene Respekt: „Damit ist auch für 2005 sichergestellt, dass der Spielraum für die bayerischen Landkreise und Gemeinden groß genug bleibt.“

Sinkender „Soli“

Verwaltungsdirektor Emil Schneider vom Bayerischen Landkreistag ergänzte, dass es im Zusammenhang mit der Mitfinanzierung der Deutschen Einheit zwei erfreuliche Nachrichten zu vermelden gibt: 1. Die Umlage Deutsche Einheit sinkt im Jahr 2005 rein rechnungsbedingt deutlich. Das bedeute, dass die einzelnen Gemeinden von vornherein niedriger belastet sind. 2. Ab 2006 wird die Netto-Solidarumlage schrittweise abgebaut. Damit sei man auf einem guten Weg, ab 2008 keine Solidarumlage mehr bezahlen zu müssen.

Kommunales Entlastungsgesetz

Als weiteren wichtigen Punkt nannte der Vertreter des Landkreistags die Einsicht Bayerns, dass der Entwicklung bei der Sozial- und Jugendhilfe Einhalt geboten werden muss, weil sonst ihr Anteil die 60 Prozent-Grenze der Umlagekraft überschreiten würde mit all den negativen Folgen für die Kreisumlagesätze. Hierzu soll das kommunale Entlastungsgesetz auf den Weg gebracht werden. Bayern hoffe nun nach der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, dass auch NRW sich auf die bayerische Linie einschwenkt und beide Länder letztlich einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen.

In der mittlerweile offensichtlich ausgestandenen Diskussion um die Frage der Schülerbeförderung hatten die Landräte Luitpold Braun und Hanns Dorfner als „gebrannte Kinder“ die Staatsregierung darauf hingewiesen, dass eine Kürzung nur im Bereich der Lernmittel in Frage kommen könne. „Wenn wir“, so Braun, „bei der Schülerbeförderung eine Eigenbeteiligung eingeführt hätten, wäre dies dem Öffnen der Büchse der Pandora gleichgekommen“.

Prüfung der Bedürftigkeit

KPV-Vize Hanns Dorfner erstattete abschließend einen detaillierten Bericht zum Thema Hartz IV. Das Ziel, im Sozialbereich einzusparen, sei zunächst notwendig und wichtig, wenngleich dies nur ein kleiner Schritt in eine Reform sei, die große Auswirkungen habe, betonte Dorfner. Bei der Arbeitslosenhilfe habe ein Systemwechsel stattgefunden: Während man sich bislang am letzten Arbeitsentgelt orientiert habe, ohne die Bedürftigkeit zu prüfen, werde nunmehr die Bedürftigkeit geprüft und entsprechend die Höhe bestimmt.

Handwerklich freilich sei Hartz IV katastrophal vorbereitet und ausgearbeitet, erklärte Dorfner. Die Diskussionen in den kommunalen Spitzenverbänden seien nicht immer optimal gelaufen. Insbesondere, was den Bereich der Option anbelangt, seien die Meinungen sehr auseinandergedriftet.

Optionsmöglichkeit

Dorfner prognostizierte, „dass die Optionsmöglichkeit wahrscheinlich von sehr wenigen Kommunen in Anspruch genommen wird, weil die Finanzen nicht geregelt sind“. In diesem Falle würden die Kommunen in Konkurrenz zur Agentur für Arbeit stehen, was zur Folge hätte, dass sämtliche Hilfestellungen unterbleiben würden und die Kommunen für Berufsberatung, Leistungserbringung, Weiterbildung und Schulungen zuständig wären - eine Aufgabe, die nach Dorfners Dafürhalten „fast nicht zu lösen ist“.

Arbeitsgemeinschaft

Entsprechend werden die meisten Kommunen wohl die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft als Möglichkeit wählen. Sinnvoll sei es dabei, entsprechendes Personal einzubringen, sagte der Passauer Landrat - zum einen, um den Landkreishaushalt zu entlasten, zum anderen, um Fachpersonal zu integrieren. Schließlich sei das sachkundige und kompetente Bearbeiten von Vorgängen eminent wichtig.

Weitere Belastungen

Nach einer Umfrage des Bayerischen Landkreistags wird für die bayerischen Landkreise mit einer durch die Grundsicherung verursachten Mehrbelastung in Höhe von 203 Mio. Euro gerechnet. Hinzu kommt eine weitere Belastung durch die Entlastung der Bezirke von den Ausländer- und Aussiedlerkosten. Laut Dorfner ist es u.a. notwendig, dass zur Sicherstellung der Entlastung der kommunalen Träger die Einsparungen, die der Freistaat durch den Wegfall des Wohngeldes eingenommen hat (immerhin 310 Mio. Euro), den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Allein im Landkreis Passau, so wurde errechnet, betragen die Mehrkosten 5,25 Mio. Euro. Für Dorfner ist es „nicht ersichtlich, wie dieser Betrag ausgeglichen werden soll“. Hier sei der Bund gefordert, noch einmal tief in die Tasche zu greifen. **DK**

Weiter gedrückte ...

(Fortsetzung von Seite 1) nahmen. „Die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Weiterentwicklung der Wirtschaft und auch die Erwirtschaftung von Steuern seien auf Dauer nur zu sichern, so der Handwerkskammerpräsident, wenn die heimische Basis gesund sei.“

Leistungsfähige Betriebe

Das wiederum sei sie nur, wenn sie aus leistungsfähigen Betrieben bestehe. Während die Wertschöpfungsquote - also der Anteil der Wertschöpfung an jeweiligen Produktionswert - im verarbeitenden Gewerbe von rd. 37 Prozent im Jahr 1995 auf 32 Prozent im Jahr 2003 gesunken sei, liege sie im Handwerk nach wie vor um die 40 Prozent. Welche Bedeutung die heimische Wertschöpfung des arbeitsintensiven Handwerks für das politische Topthema Arbeitsplätze habe, werde deutlich, wenn man vergleiche, dass eine Milliarde Euro Wertschöpfung in der Industrie 18.400, im Handwerk hingegen 26.500 Arbeitsplätze sichere.

Bedingungen für den Mittelstand verbessern

Mit einer vernünftigen mittelstands- und handwerksfreundlichen Politik müssten die Arbeitsbedingungen der Betriebe endlich deutlich verbessert werden. Schließlich könne auf absehbare Zeit nur von diesen Betrieben erwartet werden, dass sie in Deutschland investieren und Arbeitsplätze schaffen. Traublinger: „Es gibt ein ganz simples aber sehr wirksames Rezept: Man muss die Betriebe von Handwerk und Mittelstand einfach wieder arbeiten lassen.“

Jetzt seien sie gefesselt in einem Netz von staatlichen Ansprüchen und Anforderungen, die jeden Handwerker zur Ver-

Steuerentlastungen

Der Handwerkskammerpräsident: „Es ist verteuert schwer für einen Unternehmer, in ein Rennen um Innovationen und Kunden auf den Märkten zu gehen, wenn ihm die staatlichen Anforderungen wie Bleikugeln an den Beinen hängen.“ Genau hier müsse etwas passieren. Traublinger: „Die Politik muss endlich ein klares und eindeutiges Bekenntnis zum Standort Deutschland abgeben.“ Dringender Handlungsbedarf bestehe z.B. im Steuerbereich. Die deutsche Wirtschaft brauche weitere Steuerentlastungen, insbesondere eine Unternehmenssteuerreform, und sie brauche Sozialreformen, die den absehbaren demographischen Herausforderungen Rechnung tragen.

Erfreuliches konnte Traublinger vom Ausbildungsstellenmarkt berichten: die oberbayerischen Handwerksbetriebe haben in diesem Jahr bis Ende August 945 bzw. 0,4 Prozent mehr neue Ausbildungsplätze bereit gestellt und ihre Verpflichtungen aus dem Ausbildungsabkommen damit deutlich übererfüllt. Traublinger: „Die Handwerker nehmen ihre Verantwortung für die junge Generation und die Ausbildung von Fachkräften ernst.“ Die Handwerkskammer setze noch viel Hoffnung in die sog. Nachvermittlungaktionen. Es zeige sich jedoch, dass die Ausbildungsreife der Schulabgänger in vielen Fällen bei weitem nicht mehr mit den Ausbildungsanforderungen Schritt halte. Hier müsse der Staat seine Hausaufgaben machen. **⊗**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Engelberger 94351 Feldkirchen am 1.10.

Bürgermeister Siegfried Waibel 82140 Olching am 4.10.

Landrat Heinrich Frey 82913 Starnberg am 6.10.

Bürgermeister Helmut Englmann 85609 Aschheim am 27.9.

Bürgermeister Dr. Gerhard Maier 83714 Miesbach am 28.9.

Bürgermeister Andreas Hintermayr 83129 Höslwang am 30.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schieferle 89368 Winterbach am 27.9.

Bürgermeister Wolfgang Plattmeier 91217 Hersbruck am 30.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Reich 88138 Weißenberg am 1.10.

Bürgermeister Johann Prifling 92546 Schmidgaden am 3.10.

Bürgermeister Robert Westphal 91802 Meinheim am 8.10.

Bürgermeister Edwin Dotzel 63939 Würth am 28.9.

Bürgermeister Robert Karr 91620 Ohrenbach am 30.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Merklein 97232 Gieselstadt am 3.10.

Bürgermeister Hans Hawlitschek 83457 Bayerisch Gmain am 4.10.

Bürgermeister Herbert Sieber 86984 Prem am 9.10.

Bürgermeister Matthias Maier 83569 Vogtareuth am 30.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Oswald 94508 Schöllnach am 2.10.

Oberbürgermeister Frank Rebhan 96465 Neustadt b. Coburg am 6.10.

Bürgermeister Christian Fichtl 83209 Prien am Chiemsee am 28.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Karg 86925 Fuchstal am 29.9.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Günsenheimer 96479 Weitraisdorf am 30.9.

Bürgermeisterin Birgit Erb 97656 Oberelsbach am 30.9.

Stadt-Umland-Beziehungen in Zeiten knapper Kassen:

Verteilungskampf oder Teamarbeit?

Sommerkolloquium von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer Akademie Ländlicher Raum im Haus der Bayerischen Bauindustrie

Das Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und des Bayerischen Gemeindetags beschäftigte sich im Haus der Bayerischen Bauindustrie in München mit der Frage „Stadt-Umland-Beziehungen in Zeiten knapper Kassen - Verteilungskampf oder Teamarbeit?“ Neben Vorträgen über finanzielle Aspekte und Rechtsformen der Zusammenarbeit beleuchtete eine Podiumsdiskussion die Erfahrungen und Erwartungen politischer Mandatsträger.

Laut Finanzstaatssekretär Franz Meyer zeigen folgende Daten deutlich, welche Bedeutung Stadt und Umland in Bayern zukommt: So lebten in den kreisfreien Städten und ihren Umlandgemeinden insgesamt 70 Prozent der Bevölkerung, arbeiteten etwa 74 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, konzentrierten sich 77 Prozent der Wirtschaftskraft und

sich Stadt und Umland an einen Tisch setzen, „um nicht von zukünftigen, jetzt bereits absehbaren Entwicklungen überrollt zu werden“.

Symbiotisches Verhältnis

Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Gemeindetag, betonte, dass gerade die unter-

sich einbringen können. Diese Strukturen müssten auf allen kommunalen Ebenen geschaffen werden, sowohl auf dem politischen Feld, aber auch im Bereich der Verwaltungen.

win-win-Effekt

Interkommunale Zusammenarbeit ist Busse zufolge kein Selbstzweck. Eine Kooperation mache nur dann Sinn, wenn alle Beteiligten davon profitierten – Stichwort „win-win-Effekt“. Das Subsidiaritätsprinzip dürfe nicht angetastet werden. Dies bedeute, dass die positiven Effekte einer Kooperation laufend zu überprüfen sind.

Blick nach Frankreich

Claude Kern, Bürgermeister der elsässischen Gemeinde Gries und Präsident der Communauté de communes der Unteren Zorn, gab in seinem Vortrag einen detaillierten Einblick darüber, wie es die Gemeinden in Frankreich durch ihren politischen Einfluss verstanden haben, eine Gebietsreform abzuwenden und damit den Staat veranlassen haben, einen Weg zu entwickeln, der die interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht, den Gemeinden ihre Selbstständigkeit aber belässt.

Die Zusammenschlüsse erfolgen laut Kern freiwillig und umfassen bisher bereits mehr als 80 Prozent der Bevölkerung. Der Staat macht den Gemeinden den Zusammenschluss schmuckhaft mit Gewährung von Zuschüssen zur Geschäftsführung und das Recht auf eigene Steuerhoheit, um Einnahmen zur Finanzierung der Projekte zu erzielen. Er verlangt dafür als Pflichtaufgabe die gemeinsame Erledigung von Raumplanung und Wirtschaftsentwicklung.

Ebersberger Modell

Die Mitglieder des Kreisverbandes Ebersberg sprachen sich im vergangenen Jahr dafür aus, die Bewältigung der Haushaltskrise gemeinsam anzugehen. Auf Initiative von Bürgermeister Heiler, Vorsitzender des Kreisverbandes Ebersberg, hat Rödl & Partner gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und Märkten das „Ebersberger Modell“ entwickelt, das Kanzleimitarbeiter Heiko Pech vorstellte.

Mit dem „Ebersberger Modell“ soll auf gemeindlicher Ebene ein neuer Wege zur Haushaltskonsolidierung beschritten und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreisverband gestärkt werden. Die Mitglieder im Kreisverband Ebersberg sprachen sich dafür aus, in Zukunft verstärkt Controllinginstrumente zu nutzen. Aufgrund der organisatorischen Voraussetzungen ist es Pech zufolge allerdings „nicht sinnvoll, dass kleine und mittlere Gemeinden jeweils eigene Controllingfunktionen aufbauen bzw. eine eigene Stelle hierfür vorsehen“. Darüber hinaus sei die Bewertung der eigenen Kostensituation einfacher möglich, wenn Kostenvergleiche (Benchmarking) innerhalb des Kreisverbandes vorgenommen werden. Ein Ergebnis eines solchen Kostenvergleiches könne beispielsweise sein, dass es sinnvoll ist, bestimmte Aufgaben in Zukunft gemeinsam zu erledigen. Folgende Schritte sieht das „Ebersberger Modell“ vor:

1. Haushaltsanalyse der

Gemeinden im Kreisverband,
2. Diskussion der Ergebnisse und Strategiefestlegung auf Bürgermeisterebene,
3. Etablierung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft
4. Start des Controllingprozesses
5. Prüfung von Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit
6. Organisation der interkommunalen Zusammenarbeit.

Das Modell ist laut Heiko Pech in jedem Kreisverband praktikierbar. Sein Rat: „Beginnen Sie in Ihrem Kreisverband zunächst mit einer kennzahlen-gestützten Haushaltsanalyse, in die alle Gemeinden des Kreisverbandes einbezogen werden. Auf Basis der Analyseergebnisse kann dann in einer Kreisverbandsversammlung geprüft werden, ob es sinnvoll ist, eine gemeinsame Controllingfunktion aufzubauen, die systematisch Einsparpotential für die Haushalte ermittelt.“

Vorbildliches Beispiel

Ein vorbildliches Beispiel für eine reibungslos funktionierende interkommunale Zusammenarbeit zwischen der Kernstadt und dem Umland ist der Münchner Erholungsflächenverein, wie dessen Geschäftsführer Wolfgang Richter erläuterte. Gegründet wurde der Verein 1965 von der Landeshauptstadt München und den sechs Landkreisen Dachau, Freising, Fürstfeldbruck, München, Starnberg und Wolfratshausen. Neben diesen sieben Gründungsmitgliedern zählen heute der Bezirk Oberbayern und 59 kreisangehörige Städte und Gemeinden aus den sechs genannten Landkreisen zu den Vereinsmitgliedern.

Solidargemeinschaft

Der Erholungsflächenverein ist eine Solidargemeinschaft von Gebietskörperschaften. Finanziell gesehen stärkere Mitglieder helfen den finanziell schwächeren. Bislang wurde in 31 Erholungsgebiete, die wie ein Ring um die Stadt München liegen, investiert. Der Verein besitzt heute ca. 5,8 Millionen Quadratmeter Grund, wovon rund zwei Drittel Land- und ein Drittel Wasserflächen darstellen. Ausgebaut wurde das Seeufer mit einer Länge von ca. 32,1 km; zu-

Bayern stellt die Weichen:

Haushalt ohne neue Schulden

Vorreiter in Deutschland / Weitere Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe in den Jahren 2005 und 2006 notwendig

Das bayerische Kabinett hat auf seiner zweitägigen Klausursitzung in St. Quirin am Tegernsee die Weichen dafür gestellt, dass der Freistaat ab dem Jahr 2006 als erstes Land in Deutschland dauerhaft ohne neue Schulden auskommt.

Unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber haben sich die Fachminister mit Finanzminister Kurt Falthäuser auf weitere Einsparungen bei den Staatsausgaben in den Jahren 2005 und 2006 verständigt.

Solidarischer Kraftakt

Danach werden im Jahr 2005 weitere rund 260 Millionen Euro bei den Ausgaben eingespart, im Jahr 2006 rund 300 Millionen Euro. Finanzminister Falthäuser zeigte sich mit den Haushaltsberatungen des Kabinetts zufrieden: „Ich habe mit allen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett Einigkeit erzielt. Es ist ein großer solidarischer Kraftakt des Kabinetts, dass nach den Einsparungen von 2,1 Milliarden Euro 2004 auch in den Jahren 2005 und 2006 weitere erhebliche Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe erreicht werden konnten. Mit diesen strukturellen Einsparungen, die sich ab dem Jahr 2006 dauerhaft positiv auf die Haushaltsentwicklung aus-

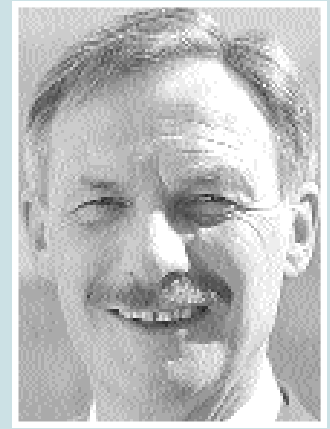
GZ Kolumne Luitpold Braun

Die Finanzen für 2005 ist wohl im Wesentlichen „gelaufen“. Zwar muss noch der Staatshaushalt für die kommenden beiden Jahre durch den Ministerrat und den Bayerischen Landtag beschlossen werden, das Verhandlungsergebnis der kommunalen Spitzenverbände mit dem bayerischen Finanzminister steht jedoch fest.

Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Schlüsselzuweisungen um 61,5 Mio. Euro zunehmen. Erhebliche Steigerungen sind auch bei den Leistungen des Staates an die Bezirke zu verzeichnen. Von den 440 Mio. Euro in diesem Jahr werden sie auf 600 Mio. Euro erhöht. Damit ist die Grundausstattung der gemeindlichen Verwaltungshaushalte durch die erhöhte Erholungsflächenleistung gesichert und die andere „Backe des Schraubstocks“, die Bezirksumlage, wohl in einer vertretbaren Höhe ermöglicht.

Dies lässt den Landkreisen und Gemeinden zusammen mit der abgesenkten Gewerbesteuerumlage hoffentlich im kommenden Jahr den nötigen Spielraum für eine solide Finanzpolitik.

Besonders möchte ich noch erwähnen, dass die Bezirke in einer Größenordnung von 60 Mio. Euro dadurch entlastet werden, dass der Staat die



Kosten für die Kontingentflüchtlinge, die aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion kommen, übernimmt.

Dazu hat sich der Finanzminister bereit erklärt, ab dem 1. Januar 2006 die von uns aufzubringende Solidarumlage in drei Schritten bis 2008 zu übernehmen.

Das Gesamtergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen zeigt, dass Finanzminister Professor Dr. Falthäuser die Situation der Kommunen kennt und auch bereit ist, nach den Möglichkeiten des Staatshaushaltes finanzielle Unterstützung zu gewähren. Diese Tatsache möchte ich im Rahmen dieses Kommentars ausdrücklich anerkennen und ihm dafür danken.

Luitpold Braun

gleich wurden rund 1,5 Millionen Quadratmeter Liegewiesen geschaffen. Für das leibliche Wohl der Besucher sorgen 34 Gaststätten bzw. Kioske, die im Einvernehmen mit dem Verein von Dritten errichtet wurden. Rund 550 km ausgeschilderte Freizeit-Rad-/Wanderwege ergänzen diese Bilanz.

Erholungsflächen

Richter: „Neben Wirtschafts-

kraft mit Arbeitsplätzen braucht eine attraktiv bleibende wohnende Region auch ausreichende Erholungsflächen. Die entscheidenden Weichenstellungen für die Sicherung von überörtlichen Freiflächen können nur im Rahmen eines Nachbarschaftsverbandes bewältigt werden. Ein Miteinander von Stadt und Umland auf diesem Sektor ist daher ebenso wichtig wie bei der Siedlungsentwicklung oder der Verkehrsbewältigung.“ DK

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

würden 74 Prozent des Einkommens verdient. Dies finde seinen Niederschlag auch in den kommunalen Haushalten. 77 Prozent aller kommunalen Steuereinnahmen und 76 Prozent aller laufenden Netto-Ausgaben entfielen auf die Haushalte der kreisfreien Städte sowie der Umlandkreise und ihrer Gemeinden.

schiedliche Leistungsfähigkeit und die unterschiedlichen Qualitäten der Gemeinden eine große Chance darstellen. Die Stadt-Umland-Beziehungen seien als symbiotisches Verhältnis anzusehen. Dies müsse die kommunale Familie insgesamt begreifen.

Grundprinzipien

Schicksalsgemeinschaft

Meyer bezeichnete Stadt und Umland als „Schicksalsgemeinschaft“. Nur wenn es gemeinsam gelinge, sachgerechte Lösungen zu erarbeiten, „werden sie sich zukünftigen Herausforderungen in einer sich verändernden Wirtschaftslandschaft stellen können“. Es sei höchste Zeit, dass

Drei Grundprinzipien prägen aus Busses Sicht die interkommunale Zusammenarbeit: Freiwilligkeit, Partnerschaftlichkeit und Ergebnisorientiertheit. Verfahrens- und Beteiligungsregeln könnten helfen, dass alle Gemeinden in einer entsprechenden Struktur der Zusammenarbeit gleich behandelt werden und

Formularangebot im Landkreisnetz

LINKForm: Neuer Service für mehr Bürgerfreundlichkeit

Seit Ende Juni können die Bürger der bayerischen Gemeinden im Landkreis Aichach-Friedberg verschiedene Antragsverfahren per Mausclick übers Internet bearbeiten - schnell, sicher und unkompliziert. Dafür sorgt LINKForm, ein Programm des Carl Link-Verlages, das speziell für den Verkehr zwischen Kommunen und Bürgern entwickelt wurde. Darin sind so gut wie alle vorkommenden Verwaltungsvorgänge für die elektronische Bearbeitung nachgebildet - über 200 Formulare stehen für die Bürger bzw. für die Gemeinden zum Abruf bereit.

Die neue Regelung per Mausclick bringt große Vorteile für beide Seiten: Die Bürger vermeiden Wege- und Wartezeiten vor Ort. Stattdessen ist die Nutzung rund um die Uhr möglich, bequem vom heimischen PC aus. Der lästige, oft mit Fragezeichen verbundene Papierkrieg entfällt: LINKForm überprüft auf dem Weg vom Anwender zum Landratsamt bei jeder Eingabe automatisch ihre Richtigkeit und Vollständigkeit. Wer will, kann jeden Vorgang für seine Unterlagen ausdrucken. Die Gemeinden können Personaleinsatz und Öffnungszeiten optimieren. Auf Wunsch lassen sich individuell Formulare hinzufügen. Das bietet die Möglichkeit, beispielsweise selbst entwickelte Anträge für die Kindergartenaufnahme einzubinden. Für Datensicherheit ist gesorgt: Alle Dokumente werden nach dem Sicherheitsstandard SSL verschlüsselt. Nach einer erfolgreichen Einführungsphase in Aichach wird LINKForm dort weiter ausgebaut.

Der Carl Link-Verlag ist ein bundesweit tätiges Dienstleistungsunternehmen für Fachwissen, Fachinformation und Organisationssysteme für das Management von Schulen, Kindertageseinrichtungen und die öffentliche Verwaltung. Er operiert als eigenständige Marke unter dem Dach des internationalen Konzerns Wolters Kluwer.

Weitere Informationen zu LINKForm:

Bruno Punzelt, Leiter Verkauf, Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Geschäftsbereich Öffentliche Organisationen, Adolf-Kolping-Straße 10, 96317 Kronach, Tel. 09261 969-4300, Fax 09261 969-4329, bpunzelt@wolters-kluwer.de

Innovative Internet-Anwendungen:

BayernOnline-Preis für Web-Vordenker

Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung verliehen die Initiatoren des BayernOnline-Kongresses in der Residenz in München den BayernOnline-Preis (BOP). Mit der Auszeichnung wurden richtungweisende Ideen und erfolgreich umgesetzte Internet-Projekte in den Kategorien eGovernment, eLearning, eBusiness und eSocial/eHealth prämiert.

Die Unternehmen ars navigandi GmbH und First Businesspost GmbH sowie zwei Institutionen der öffentlichen Verwaltung nahmen die Trophäe entgegen. „Mit dem BayernOnline-Preis wollen wir Vordenker rund um das Internet auszeichnen und andere an ihren Erfahrungen teilhaben lassen“, sagte der Sprecher von BayernOnline International, Prof. Dr.-Ing. Ingolf Ruge, bei der Preisverleihung.

„Innovative Technologien lassen sich nur dann weiterent-

wickeln und einer breiten Nutzung zuführen, wenn es Menschen gibt, die sie im praktischen Einsatz testen und ihre Vorteile erkennen“, so Ruge.

Innovatives Informationssystem für eGovernment

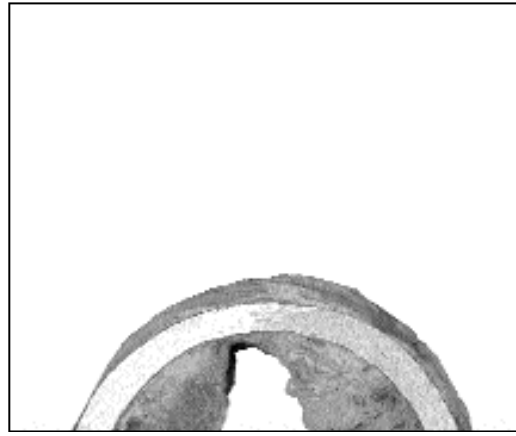
In der Kategorie eGovernment überzeugte die Jury das Bodeninformationssystem Bayern (BIS) des Bayerischen Geologischen Landesamts: Mit dem System lassen sich geowissen-

schaftliche Daten, Informationen über den Untergrund und Flächendaten auf einem Bildschirm darstellen. Es verfügt über Zugriffsmöglichkeiten, so dass die Daten Behörden, aber auch Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgern jederzeit online zur Verfügung stehen. Dabei können die Nutzer aus über 20 Millionen Einzeldaten zu 150.000 Geoobjekten und über 900 Themenkarten wählen. „Die Jury beeindruckte nicht nur die Informationsstiefe und Originalität der Anwendung, sondern auch die Qualität des Angebotes und die Zeitersparnis für die Nutzer“, begründete Sozialstaatssekretär Jürgen W. Heike seine Laudatio.

eLearning: Interaktive Plattform für Tourismusbranche prämiert

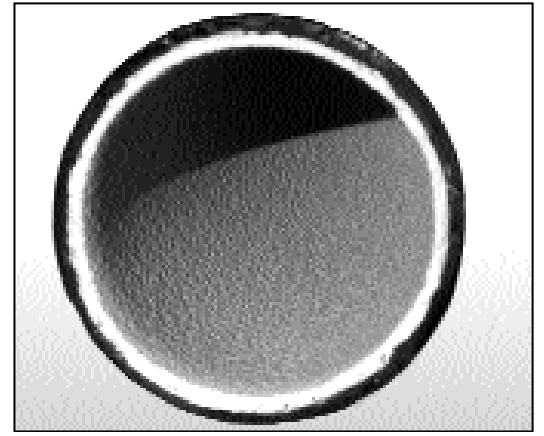
Die Auszeichnung in der Kategorie eLearning erhielten jeweils ein Unternehmen und eine Schule. Der Preis für Unternehmen ging an die ars navigandi GmbH aus München. Mit der Austria-Web-Academy hat das Unternehmen die erste web-basierte, interaktive eLearning-Plattform eines Fremdenverkehrsvereins realisiert. Sie stellt Mitarbeitern in Reisebüros und anderen touristischen Einrichtungen umfangreiche Informationen über das Urlaubsland Österreich zur Verfügung, die sie zur Weiterbildung nutzen und gleichzeitig bei der Kundenbetreuung und im Verkaufsgespräch gezielt abfragen können. „Die Austria-Web-Academy stellt eine Branchenlösung dar, die Lernen, Information und Verkauf zusammenführt“, begründete Kultusministerin Monika Hohlmeier die Entscheidung der Jury.

Den Sonderpreis des Bayerischen Kultusministeriums erhielt die Volksschule Hirschaid. Als vollvernetzte Grund- und Hauptschule ist sie nicht nur in den Computerräumen, sondern auch in sämtlichen Klassenzimmern mit insgesamt 120 Computern ausgerüstet. Außerhalb des Unterrichtes stehen den Schülern im Schülercafé Rechner zur freien Verfügung. Darüber hinaus



Kostengünstiges Verfahren von Diring & Scheidel

Über ein kostengünstiges Verfahren der Zementmörtelauskleidung bei der Wasserleitungsanpassung berichteten wir in unserer Ausgabe Nr. 15 am 5. 8. 2004. Irrtümlich veröffentlichten wir jedoch lediglich ein Bild, das den desolaten Zustand vor der Sanierung zeigt. Die technische Innovation wird jedoch nur sichtbar, wenn die verunreinigte Wasserleitung vor der Reparatur (Bild links), der effektiven Zementmörtelauskleidung von D&S (Bild rechts) gegenübergestellt wird. <



nimmt die Schule an diversen Projekten teil, darunter sogenannte „LINUX-Installationspartys“, die Schülern den Zugang zu alternativen Betriebssystemen ermöglichen.

eBusiness: Lösung zur Supply-Chain-Automatisierung

Die Frage, wie sie Schnittstellen im Beschaffungsprozess verringern können, beschäftigt viele Unternehmen und Behörden - denn so sparen sie Zeit und senken Kosten. Die prämierte Lösung der First Businesspost GmbH zeigt, wie sich dies einfach realisieren lässt. Das Münchner Unternehmen hat eine Anwendung entwickelt, die den Versand von Geschäftsdokumenten erheblich vereinfacht. Will ein Unternehmen beispielsweise Waren bei einem anderen bestellen, stellt ein Mitarbeiter üblicherweise elektronisch eine Bestellung aus. Die Lösung ermöglicht, im Rahmen des Druckmenüs Daten zu erzeugen und anschließend an das Dienstleistungszentrum der First Businesspost zu übermitteln. Dort werden die relevanten Daten extrahiert und in das Zielformat des Empfängers konvertiert. Dieser kann sie von dort abrufen und vollautomatisch weiterverarbeiten. Der Sender spart die Kosten für Ausdruck und Porto, der Empfänger die erneute Datenerfassung.

„Die eingesetzte Technologie ist absolut alltagstauglich und daher für eine breite Masse anwendbar“, sagt Dr. Claus Hipp, Präsident der Industrie- und

Handelskammer für München und Oberbayern, in seiner Laudatio. „Derzeit existiert kein vergleichbares Verfahren.“

eHealth/eSocial: Patientenbetreuung per Telemedizin

In der Kategorie eHealth/eSocial setzte sich das Projekt „Telemedizin in der Schlaganfallversorgung in Schwaben“ (TESS) durch. Das Bezirkskrankenhaus Günzburg hat ein System entwickelt, mit dem sich akut an einem Schlaganfall erkrankte Patienten per Telemedizin behandeln lassen können. Mit Hilfe von Videokonferenzsystemen, mit denen alle an dem Projekt beteiligten Krankenhäuser ausgestattet

wurden, können die Fachärzte des Schlaganfallzentrums Günzburg jederzeit Patienten in ihrem Heimatkrankenhaus untersuchen, die Bilder der Computertomographie auswerten und Empfehlungen für die Behandlung geben.

So ist es möglich, Patienten wohnortnah zu versorgen und ihnen belastende Krankentransporte zu ersparen. „TESS ist europaweit das erste Telemedizin-Projekt dieser Art, mit dem Akut-Schlaganfallpatienten versorgt werden können“, würdigt der Laudator Jürgen W. Heike die Lösung. „Es hat sich bereits in der Praxis bewährt und stellt die Grundlage für weitere Projekte dar.“ <



Dorothee und Michael Jarnach aus Polling in Oberbayern sind Eigentümer eines sieben Denkmäler umfassenden Klosterbereichs in Polling. Eines dieser Gebäude ist der Märzenkeller, einer der seltenen profanen Bauten des Barockbaumeisters Johann Michael Fischer, erbaut 1745/46. Der nach dem Baumeister genannte Fischerstadel besitzt interessante Fassadenmalereien sowie einen freitragenden Dachstuhl, vergleichbar mit Dachstühlen von Kirchenbauten. Für die Instandsetzung des Fischerstadels mussten umfangreiche Voruntersuchungen durchgeführt werden, um vor allem die Fassadenmalerei wieder gewinnen zu können. „Sorgfalt und Aufwand der Familie Jarnach für die Instandsetzung verdienen eine besondere Anerkennung“, sagte Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel bei der Preisübergabe an Michael Jarnach. Foto: Peter Hemza

Streifzüge in die ...

(Fortsetzung von Seite 1) setzt wurden, außerdem die Kresslesmühle, die jetzt zum Kultur- und Begegnungszentrum umfunktioniert wurde, sowie das ehemalige „Brunnenmeisterhaus“ der Stadt Augsburg, heute Schwäbisches Handwerkermuseum, mit detailgetreu nachgebildeten Werkstätten und Dokumentationen zu alten Handwerkstechniken.

Denkmalschutzmedaille

Die zentrale Eröffnungsveranstaltung fand dieses Jahr im oberfränkischen Unterrodach, Landkreis Kronach, statt. Hier standen die Denkmäler der Flößerei im Frankwald im Mittelpunkt, die sich an dem komplexen System landschaftlicher und baulicher Gebilde ablesen lassen. Unterrodach und seine umliegenden Gemeinden sind herausragende Beispiele für ehemalige Flößerorte.

Erstmals wurde in diesem Jahr die Bayerische Denkmalschutzmedaille direkt am Tag des offenen Denkmals verliehen. Wissenschaftsminister Thomas Goppel zeichnete dabei Personen aus, die sich besondere Verdienste um den Denkmalschutz und die Denkmalpflege erworben haben. Zu den 25 Geehrten zählt der ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Erich Schosser, der maßgeblichen Anteil an der Entstehung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes 1973 hatte. Lange galt dieses Gesetz als Vorbild für Europa. Denkmalschutz

und Denkmalpflege in Bayern wurden damit auf eine neue Basis gestellt.

Minister Goppel erinnerte in seiner Festansprache an die große Tradition der bayerischen Denkmalpflege. Das Wirken der ausgezeichneten Personen stehe in der von König Ludwig I. zu Beginn des 19. Jahrhunderts begründeten Tradition, mit dem gebauten historischen Erbe sorgfältig umzugehen. Alle ausgezeichneten Personen hätten mit Idealismus, Energie und Durchhaltungsvermögen Verantwortung für die Erhaltung eines Denkmals oder die Belange des Denkmalschutzes übernommen.

Öffentliche Verantwortung

Goppel hob die Bedeutung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege hervor. „Die öffentliche Verantwortung und Verpflichtung gegenüber dem gebauten kulturellen Erbe, dessen Pflege und Erhaltung, stehen außer Zweifel, auch in Zeiten knapper finanzieller Mittel“, sagte der Minister. Der Staat allein könne diese Aufgabe nicht erfüllen: „Denkmalschutz und Denkmalpflege müssen auch von den Bürgerinnen und Bürgern, die oftmals Eigentümer des Denkmals sind, getragen werden.“

Im Anschluss an den Festakt bestand die Möglichkeit eines Rundgangs durch Unterrodach, bei dem die ehemaligen Anwesen der Flößer sowie der Lauf der Rodach mit ihren Wehren besichtigt werden konnten. DK

Haushalt ohne neue ...

(Fortsetzung von Seite 3) des Jahr immer mehr Mittel aus dem Haushalt für Zinsen ausgeben müssen und damit in eine Negativspirale hineinkommen, wird Bayern die Zinsausgaben begrenzen.“

Sparanstrengungen

Faltheuser kündigte an, dass der Verzicht auf neue Schulden in Bayern nicht nur im Jahr 2006 erreicht werden soll, sondern dauerhaft abgesichert werden muss. Dazu sind nach Aussage von Faltheuser auch im Jahr 2007 weitere zusätzliche Sparanstrengungen erforderlich. In seiner mittelfristigen Finanzplanung erläuterte Faltheuser dem Kabinett, dass für das Jahr 2007 weitere Einsparungen im Umfang von etwa 250 Millionen Euro notwendig sind, um auch 2007 und 2008 auf neue Schulden zu verzichten. Faltheuser zeigte sich überzeugt: „Mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung schaffen wir auch diese zusätzlichen Einsparungen im Jahr 2007. Das ist machbar und realistisch. Gleichzeitig haben wir die Weichen gestellt, damit im Jahr 2008 keine weiteren nennenswerten Einsparungen mehr notwendig sind.“

Faltheuser kündigte zugleich an, dass ab dem Jahr 2006 der Dreiklang der Regierungserklärung von Ministerpräsident Stoiber für die ganze Legislaturperiode aus Sparen, Reformieren und Investieren voll verwirklicht werde. Faltheuser: „In den Jahren 2004 und 2005 werden alle wesentlichen Entscheidungen zum Sparen und zum Reformieren in Bayern getroffen. Ab dem Jahr 2006 werden mit dem Einsatz von Privatisierungserlösen zusätzlich Investitionen angestoßen und wir schaffen den ausgeglichenen Haushalt aus eigener Kraft.“

Faltheuser kündigte an, dass für den zweiten Teil der Legislaturperiode von 2006 bis 2008 weitere Privatisierungserlöse des Freistaats in ein Investitionsprogramm Bayern fließen werden nach dem Vorbild der erfolgreichen Offensive Zukunft Bayern und der High-Tech-Offensive in den 90er Jahren. Faltheuser: „Bayern wird mit dem Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren seine Spitzenstellung in Deutschland untermauern und seine Position als eine der wirtschaftsstärksten und attraktivsten Regionen in der gesamten Europäischen Union festigen.“

Bald kein lästiges Anstellen mehr?

Erste Behörden im Würzburger Rathaus interaktiv

Würzburg. Mindestens jeder zweite Würzburger Bürger hat inzwischen einen Computer mit Internetanschluss, schätzt Dr. Bernd Schmitt von der Stadt Würzburg. Viele Internet-User warten darauf, dass sie lästige Behördengänge endlich online erledigen können. Zwar sei Würzburg sehr weit in Sachen eGovernment, doch vieles geht laut Schmitt auch in der „elektronischen Vorzeigestadt“ Unterfrankens noch nicht.

Nach Angaben des Projektleiters eGovernment arbeitet die Stadt derzeit auf Hochtouren daran, dass sie möglichst schon ab dem kommenden Jahr erste Behördendienste online anbieten kann. So könnten immense Gelder eingespart werden, sagte Schmitt.

Jedes Telefonat, auf das mit Hilfe des Internets verzichtet werden kann, spart durchschnittlich fünf Euro ein, jeder nicht geschriebene Brief entlastet die Stadtkasse mit rund zehn Euro, jeder Besuch, auf den ein Internet-Benutzer verzichtet, spart bis zu 25 Euro. Von den rund 400 wichtigsten Bürgeraufgaben der Stadt können zum jetzigen Zeitpunkt allerdings die wenigsten elektronisch erledigt werden.

Möglich ist es schon jetzt, sich per SMS nach freien Parkplätzen zu erkundigen. Auch die Bücherei nutzt das Handy ihrer Kunden, um via SMS über den Abholtermin vorbestellter Bücher zu informieren. Komplett online ist inzwischen das Fundbüro.

Vorbildliches Standesamt

Als vorbildlich gilt das Würzburger Standesamt, es begeisterte als bundesweit einziges Standesamt sogar die Macher der Internetseite „braut.de“. Viele Formalitäten könnten via Internet erledigt werden, Heiratswillige auf der Internetseite „braut.de“. Online kann sich jeder Interessierte auch Vordrucke zur Anmeldung der Eheschließung herunterladen, eine Online-Anmeldung ist laut Schmitt jedoch noch nicht möglich. Dafür bräuchte der Heiratswillige eine elektronische Signaturkarte. Frühestens 2005, spekuliert Schmitt, werden die ersten Würzburger Signaturkarten haben, die mit den Systemen

der Stadtverwaltung kompatibel sind. Derzeit ist die Online-Abwicklung von Amtsgeschäften aus datenschutzrechtlichen Gründen nur bei solchen Behördengängen möglich, die auch telefonisch erledigt werden können.

Wer unbedingt will, kann nach Schmitts Worten seinen Hund vom heimischen Computer aus anmelden. Wer hingegen vom Kreis Main-Spessart in die Stadt Würzburg zieht, müsse auch in den kommenden Monaten noch persönlich im Rathaus zur Anmeldung erscheinen. Immer wieder erfährt der Geograph, dass sich Würzburger Bürger darüber wundern, wie langsam sich die unterfränkische eGovernment-Vorzeigestadt in ein virtuelles Rathaus verwandelt.

Impulse von der Uni

Die eGovernment-Preise, die Würzburg bisher erhielt, waren laut Schmitt Anerkennungen vor allem für den vorbildlichen Aufbau einer eGovernment-Infrastruktur. Echte Online-Kontakte zwischen Behörden und Bürgern seien bisher kaum möglich, dem stehen noch immer eine Menge technischer, rechtlicher und organisatorischer Schwierigkeiten entgegen. Wichtige Impulse auf dem Weg zum unkomplizierten Online-Verkehr erhofft sich die Würzburger Stadtverwaltung von der Universität. Seit Jahresbeginn untersucht der Informatiker Professor Dr. Rainer Thome, welche städtischen Aufgaben künftig elektronisch angeboten werden könnten und wie dies in Zukunft funktionieren soll. Rund 400 Behördendienstleistungen des Würzburger Rathauses sollen nach und nach online zugänglich gemacht werden, so Schmitt. Pat Christ

Die passende GIS Infrastruktur für Kommunen

Der Großteil kommunaler Entscheidungen und Arbeitsabläufe haben einen geografischen Bezug. Von der Abwasserentsorgung bis hin zum Winterdienst profitieren bis zu 80 Prozent der kommunalen Aufgabenbereiche vom Einsatz eines Geografischen Informationssystems (GIS).

GIS dient in der Kommune nicht nur der reinen Dokumentation, sondern bringt darüber hinaus noch weitere Vorteile.

- ☞ Effizienzsteigerung und damit Kostenersparnis und Entlastung der Mitarbeiter
- ☞ Schnelle Entscheidungsfindung und damit mehr Flexibilität
- ☞ Mehr Bürgernähe und damit ein wichtiger Baustein im E-Government.

Unterschiedliche Ansprüche

So vielfältig die Einsatzmöglichkeiten für ein GIS auch sind,

WirtschaftsWoche-Test:

www.muenchen.de etabliert sich in der Spitzengruppe

Wie gut sind die Internetportale deutscher Städte? Die WirtschaftsWoche wollte es genau wissen. Von Wissenschaftlern wurden deshalb die Internetauftritte der 50 größten Städte unter die Lupe genommen. Hinter Hamburg und Bonn belegte „www.muenchen.de“ den dritten Platz - mit nur einem Punkt Unterschied zum Zweitplatzierten.

Download-Angebot

Besonders gut schnitt München mit seinem umfassenden Angebot für Downloads von Formularen und Ansprechpartnern in den städtischen Ämtern ab. Hier rangiert die bayerische Landeshauptstadt noch vor Bonn und Hamburg auf dem ersten Rang. Dies trifft auch auf die Einzelwertungen in den Bereichen Spezialinteressen (Immobilienmarkt, Sozialhilfe, Transparenz des Stadtrats) sowie Übersichtlichkeit und Aufbau des Stadtportals zu. Dicke Pluspunkte gab es unter „Besonderheiten“ für das gute Layout und die umfangreich abrufbaren München-Statistiken. Weitere Highlights von muenchen.de: die extrem gute Suchmaschine, der besonders übersichtliche Stadtplan mit Straßensuche und der mehrsprachige Service für die zahlreichen München-Besucher (englisch, französisch, italienisch).

Mehrsprachiges Angebot

muenchen.de ist das offizielle Portal der Landeshauptstadt. Die Angebotspalette umfasst die Bereiche Rathaus, Tourismus und Wirtschaft ebenso wie einen topaktuellen Veranstaltungskalender mit den Highlights aus Münchens Gastronomie, Nightlife oder Kultur- und Freizeitszene. Shopping-Trends, Branchenbuch, Stadtplan sowie Verkehrs- und Wetter-News ergänzen die Infoplattform. Münchner Kindl und ihre Eltern bleiben mit dem Kinderportal pomki.de auf dem Laufenden. Durch ein mehrsprachiges Angebot präsentiert das Portal die Stadt zusätzlich auf internationaler Ebene als attraktiven Wirtschaftsstandort und touristisch attraktives Reiseziel.

Die für Entwicklung und Betrieb von muenchen.de zuständige Portal München Betriebs-GmbH & Co. KG ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Landeshauptstadt München, der Stadtsparkasse München, der Stadtwerke München GmbH, der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern sowie der Handwerkskammer für München und Oberbayern. ☞

flexibel und aufeinander abgestimmt, dass vom reinen Einzelarbeitsplatz bis hin zu einem stadtweiten und ämterübergreifenden System die passenden Lösungen eingesetzt werden können.

Mögliche Szenarien

Für kleinere Kommunen ist der Einsatz von einem oder auch mehreren Einzelarbeitsplätzen oft ausreichend. ESRI bietet mit ArcGIS eine leistungsfähige Basistechnologie. Die Partner von ESRI verfügen über jahrelange Erfahrung im kommunalen Umfeld und bieten mit ihren Fachschalen, die speziell auf die Bedürfnisse der Kommunen zugeschnitten sind, eine optimale Lö-

sung und Betreuung. Ein kommunaler Anwender bekommt dadurch eine Lösung, mit der er ohne langwierige Einarbeitung schnell und einfach seine Fragestellungen beantworten kann.

Landkreis-GIS

In vielen Fällen ist es günstiger, wenn einzelne Gemeinden Ressourcen und Know-how bündeln. Ein Vorreiter ist hier der Landkreis Cham. Das Landratsamt nutzt die vorhandene Infrastruktur (z.B. BAYKOM) um allen Gemeinden des Landkreises eine Basisauskunft zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden benötigen weder zusätzliche Soft- noch Hardware. Die Administration der Datenbestände und der Anwendungen erfolgt zentral. ESRI Produkte unterstützen vollständig die TerminalServer bzw. Citrix Technik und können somit zentral administriert und verteilt werden.

Enterprise-GIS

Große Städte haben oft andere Ansprüche hinsichtlich des Systemdesigns und der grundlegenden IT Architektur. Auch hier kann die Produktfamilie ArcGIS den Ansprüchen gerecht werden. ArcIMS als performanter Internet Map Server, sowie ArcSDE als zentrales Datenbank Gateway für unterschiedliche Datenbanksysteme stellen eine leistungsfähige und leicht skalierbare Servertechnologie zur Verfügung. Mit dem anpassbaren ArcGIS Desktop und unterschiedlichen Internet/Intranet Klienten können die verschiedensten Anwender in den einzelnen Referaten mit einem homogenen GIS versorgt werden.

Mobile Systeme

Mit ArcPad für Handhelds und der Unterstützung von speziellen Funktionen für Tablet PCs fü-

sich auch mobile Arbeitsplätze in das Desktop GIS und in die vorhandene Datenhaltung ein. Diese Integration sorgt dafür, dass der Einsatzbereich von GIS und den wertvollen Gemeindedaten enorm erweitert wird, da Erfassung und Kontrolle vor Ort mit aktuellen Daten möglich ist. Der Einsatz eines mobilen GIS ermöglicht den Datenaustausch ohne Medienbruch und erhöht die Aktualität und Nutzungsmöglichkeiten der GIS Daten.

Die Produktfamilie ArcGIS von ESRI ist so flexibel und leistungsfähig, dass sie die Lösung für unterschiedlichste Fragestellungen bieten kann. Die Skalierbarkeit von ArcGIS gewährleistet die Ausbaufähigkeit des Systems für veränderte oder gewachsene Ansprüche der Anwender. ESRI Software passt sich dem Anwender an und wächst mit ihm mit.

Weitere Informationen unter <http://ESRI-Germany.de> ☞

Daten-Highway mit Formular-Service Online:

Der direkte Draht zwischen Bürgern und Behörden

Deutsche Post erweitert gemeinsam mit bol ihr Internet-Lösungsangebot

Auf dem Weg zu mehr Service und effizienteren Verwaltungsabläufen setzen Behörden und Unternehmen auf den Formular-Service Online der Deutschen Post. Durch eine Kooperation mit dem Systemhaus bol erweitert das Unternehmen dieses Angebot jetzt um weitere wichtige Bausteine. Lange Zeit war das „virtuelle Rathaus“ reine Zukunftsmusik. Bürger und Unternehmen konnten sich ein paar Informationen herunterladen - und das war's dann meist auch schon. Heute dagegen ist die viel beschworene „Interaktivität“ tatsächlich Realität - die Online-Verbindung zwischen Bürgern und Behörden ist keine Einbahnstraße mehr, sondern entwickelt sich mehr und mehr zu einem funktionstüchtigen Daten-Highway.

Dazu gehört auch das leistungsfähige Formular-Service-System, das die Deutsche Post und bol jetzt gemeinsam den Behörden anbieten. Nicht nur öffentliche Verwaltungen können von der verbesserten Lösung profitieren: Auch Unternehmen haben die Möglichkeit, durch den Formular-Service Online ihren Kunden-Dialog zu verbessern und gleichzeitig Kosten zu sparen.

Drei Komponenten

Das Paket besteht aus drei Komponenten, von denen sich jede auch einzeln einsetzen lässt. Mit dem Formular-Editor kann die Verwaltung ihre bislang papiergebundenen Anträge online-fähig machen. In den Standardformaten HTML und PDF gibt es in einer Formular-Tauschbörse bereits mehr als 500 freie Formulare - die Ämter brauchen sie nur noch an ihre individuellen Bedürfnisse anzupassen.

Systematik

Selbstverständlich lassen sich mit dem Editor auch bereits vorhandene Formulare oder solche von Dritten, z. B. Fachverlagen, bearbeiten und so online nutzen. Der Bürger kann die Vordrucke an seinem Computer ausfüllen, ausdrucken und unterschrieben per Post zurückschicken. Die Behörde bekommt die Daten zusätzlich über eine sichere Internet-Verbindung zugeschickt. Mit derselben Systematik können auch Unternehmen ihre Bestell-, Beschwerde- oder Korrespondenz-Formulare verwalten. Der Formular-Server unterstützt Behörden und Unternehmen bei der professionellen Verwaltung ihres gesamten Formularbestands. Das

gewährleistet jederzeit den Überblick über Art und Version aller online zur Verfügung gestellten Formulare. Ein umfassendes Versions- und Mandan-

tenmanagement macht den Formular-Server zum Basisbaustein eines innovativen Bürger- und Kundenservice. Dazu dient auch der integrierte Formular-Finder: Mit seinen umfangreichen und komfortablen Suchkriterien hilft er dem privaten User, das richtige Formular zu finden. Das Formular-Gateway schließlich fungiert als zentrale Datendrehscheibe. Es steuert alle Interaktionen und Prozessabläufe zwischen dem Online-Antragsverfahren und den internen Prozessen und Fachanwendungen der Verwaltung. Der durchgängig

XML- und webbasierte Formular-Service Online erlaubt es den Behörden und Unternehmen, die Daten sofort und ohne Medienbrüche in ihren internen Systemen weiterzuverarbeiten. Weil sich zudem Datenbanken einbinden lassen, ermöglicht das Sy-

stem umfangreiche Plausibilitätsprüfungen oder Vorbelegungen von wiederkehrenden Daten - und das sogar schon während der

Dateneingabe durch den Bürger oder Kunden. Auch der zuverlässige Datenabgleich zwischen den Papierformularen und den elektronisch übertragenen Anträgen ist gewährleistet.

Solange die elektronische Signatur noch nicht flächendeckend eingeführt ist, greift der Formular-Service Online dazu auf das praxisbewährte Hashwert-Verfahren zurück: Der Anwender muss lediglich sein online ausgefülltes Formular ausdrucken und unterschreiben an den Empfänger zurückschicken - Behörde

oder Unternehmen können durch eine Prüffziffer eine eindeutige Verbindung und Übereinstimmung zwischen dem Papierdokument und den bereits vorhandenen Daten herstellen. Mit dem Formular-Service Online eröffnen die Deutsche Post und bol den öffentlichen Verwaltungen und privaten Unternehmen die Möglichkeit, auch komplexe Prozessketten nahezu vollständig elektronisch abzuwickeln - eine wichtige Voraussetzung, um die Effizienz nachhaltig zu steigern. 

Tips zur Vermeidung von Werbemüll (Spam):

„Click here for more details“

Von Professor Dr. Klaus Jamin

Wie viele E-Mails bekommen Sie am Tag? Von den 20 bis 30 Mails sind sicher einige unerwünscht, sie enthalten elektronischen Werbe-Müll, auch Spam-Mail (Spam ist Frühstücksfleisch in Dosen) genannt.

Manchmal bemerkt man das gar nicht sofort, denn die Mail enthält interessante Angebote zu Gesundheit und zum alltäglichen Leben. Häufen sich diese Mails, beziehungsweise werden sie aufdringlicher und passen sie nicht mehr zur persönlichen Lebens-einstellung, fängt man an, sich zu überlegen, warum diese Mails eigentlich geschickt werden. Meist ist es dann jedoch zu spät, man ist in den großen Verteilern, die täglich mehrere Millionen Spam-Mails verbreiten, gespeichert und wird dort praktisch nie wieder gelöscht. Gerade Behörden, die sich aus Kostengründen keine Schutzsoftware installiert haben, werden mit diesen Mails übersättigt.

Unverzichtbare E-Mails

E-Mails sind jedoch für den kommunalen Bereich zu einem unverzichtbaren Kommunikationsmittel geworden. Nach Schätzungen von Experten werden weltweit jeden Tag mehr als 16 Milliarden elektronischer Nachrichten verschickt.

Für die kommerziellen Spammer (Unternehmen, von denen diese Massen-Werbesendungen verschickt werden) lohnt es sich bereits, wenn pro einer Million Spam-Mails ein Produkt für 50 Euro verkauft werden kann. Der Grund dafür ist, dass den Spammern praktisch keine Kosten entstehen, da sie diese auf die Serviceprovider abwälzen, die diese vielen Millionen Daten täglich über das Internet transportieren müssen, da sie ja nicht wissen, ob es gewünschte oder ungewünschte Mail ist.


Die Leidtragenden

Sie benötigen deshalb immer leistungsfähigere Server. Leidtragende sind aber auch die Empfänger der Werbe-Mails, deren Kosten deshalb steigen, weil sie zeitaufwändig im Büro die Daten lesen und dann entscheiden, diese Mail zu löschen oder zu speichern. Aufgrund des höheren Datenaufkommens werden außerdem immer größere Postfächer benötigt, ganz zu schweigen von den durch das große Datenvolumen langsam werdenden Computern.

Hausintern müssen die Fachleute dafür sorgen, dass keine

Mails bearbeitet werden, in denen sowohl der Absender als auch der Empfänger außerhalb des eigenen Netzwerks liegen. Schwierig ist es jedoch, alle Mitarbeiter in der Behörde vor allzu sorglosem Benutzen der E-Mails zu warnen beziehungsweise sie sogar zu schulen.

Folgende Regeln könnten jedoch trotzdem helfen, den mündigen Anwender vor unerwünschter Werbepost zu bewahren:

1. Die Weitergabe der E-Mail-Adressen von Freunden, (Internet-Grußkarten) oder „Diese Seite an einen Freund weiterempfehlen“ ist strengstens verboten.
2. Mail-Adresse nie in Web-Formulare eingeben.
3. Binden Sie auf der Homepage ihrer Behörde die E-Mail-Adressen als Grafik ein - dann kann sie niemand mehr anklicken. Das ist leider ein Nachteil, aber die automatischen Suchmaschinen können diese Adresse auch nicht finden.
4. Registrierung für einen beliebigen Dienst muss genauestens überprüft werden (Gewinnspiele), dazu sollten hausinterne Anweisungen vorhanden sein, die diese Art von Internet-Benutzung generell verbieten.
5. Verstecken Sie Ihre E-Mail-Adresse und ersetzen Sie überall dort, wo es möglich ist das @ durch die Buchstaben at.
6. Gehen Sie gelegentlich einmal auf die Adresse www.spamgourmet.com. Dort erhalten Sie interessante Tipps zu Alias-Adressen.
7. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, dass gerade die Adressen info@ oder mail@ besonders gefährdet sind?
8. Reagieren Sie möglichst nicht auf unbekannte Mails, wenn Sie einmal ihren Namen eingeben, weiß der Absender, dass die Adresse stimmt.
9. Besorgen Sie sich einen Spam-Killer, zum Beispiel den von McAfee. Wir haben ihn getestet, er hat gut funktioniert. Wortfilter analysieren Spam-Inhalte, erkennen so verdächtige E-Mails und tragen die Absender von Spam in eine Schwarze Liste ein. Anti-Spam-Systeme blockieren daraufhin die E-Mails, deren Absender in der online verfügbaren oder lokalen Negativliste stehen. 

Neues Geoinformationssystem bei der Gemeinde Kumhausen:

Entscheidende Vorteile durch GIS und Orthophoto

Das seit kurzem in der Gemeinde Kumhausen bei Landshut eingesetzte Geoinformationssystem idomeoKOMMpak dient der schnellen Erfassung, Verwaltung, Bearbeitung, Analyse, Modellierung und Visualisierung raumbezogener Daten und ihrer Beziehungen. Derartige „GIS-Programme“ finden eine rasche Verbreitung in Verwaltung, Planung, Umwelt- und Ressourcenschutz, Landschaftsplanung, Landwirtschaft, Geologie, Geographie - kurz in jedem Fachgebiet, das Daten mit Raumbezug nutzt.

Kumhausens Bürgermeister Nagel und Geschäftsstellenleiter Ableitner erkannten früh das Potenzial einer modernen GIS-Lösung. Waren früher zur Beantwortung raumbezogener Entscheidungen und Arbeiten umfangreiche Planarchive, Karteien und Recherchen erforderlich, ermöglichen Geographische Informationssysteme (GIS) heute schnell und einfach Auskünfte und Analysen aus digitalen Informationen, da über 80 Prozent aller kommunalen Entscheidungen einen Bezug zu Grund und Boden aufweisen.

Effizienz steigern, Kosten sparen

Der Einsatz digitaler Landkarten und Pläne mit Hilfe von geographischen Informationssystemen bringt für die Gemeindeverwaltung Kumhausen entscheidende Vorteile: Das System benötigt keinen zusätzlichen Platz, die Effizienz wird

gesteigert, Verwaltungskosten werden eingespart, eine Entscheidungsfindung ist schneller möglich, die Nähe zum Bürger wird verstärkt, die Verwaltung arbeitet kundenorientiert.

Auf dem Weg zur effizienten Verwaltung

Planerische Entscheidungen im kommunalen Umfeld können schneller und auf der Basis hochaktueller Informationen erfolgen und werden damit auch für die Bürgerinnen und Bürger transparenter. Seit einigen Wochen werden nun auch Orthophotos, sprich entzerrte Luftbilder eingesetzt, wodurch ein weiterer Schritt in Richtung effiziente Verwaltung konsequent umgesetzt wurde.

Verknüpfung verkürzt Planungszeiten

Diese Verknüpfung von Orthophoto, digitaler Flurkarte und Katasterdaten (Kanal, Wasser, Strom, Gas, etc.) erleichtert der Gemeindeverwaltung die Entscheidungsfindung erheblich und verkürzt manche Planungszeiten um ein Vielfaches. Mit den vom Staatlichen Vermessungsamt gelieferten Orthophotos kann man direkt am PC feststellen, wo die Lage z.B. eines Feldweges in Bezug auf die tatsächlichen Flurstücksgrenzen ist. Karte und „Wirklichkeit“ werden mit Hilfe der GIS Software idomeoKOMMpak auf einfachste Weise verknüpft.

Karte und „Wirklichkeit“

Dabei stellt man nicht selten Überraschendes fest, wie der Leiter des Landshuter Vermessungsamtes, Direktor Perchermeier, bestätigt: „Da das jeweils örtliche Vermessungsamt für die Ausgabe der Orthophotos an die Gemeinden und auch an die Privatbürger zuständig ist, entdeckt man beim ‚Wandern‘ in der virtuellen Karte des öfteren einen Feldweg oder einen Waldrand, der im Laufe der Zeit seine ursprüngliche Lage um einige Meter ‚verlassen‘ hat und sich nicht mehr innerhalb seiner amtlichen Grenzen befindet. Besonders häufig

gilt dies auch für die Gewässer zweiter Ordnung. Für diese wird nur sehr selten vom Eigentümer eine Vermessung beantragt, so dass deren tatsächlicher Verlauf erheblich von der Wirklichkeit abweichen kann.“

Einfacher Nachweis

Mancher Bachlauf, so Perchermeier, habe dabei schon ein sehr reges Eigenleben entwickelt, was jetzt durch die Kombination Orthophoto - Digitale Flurkarte auf einfache Weise nachgewiesen werden könne. Da die Kosten für Orthophotos sehr gering seien, die Nutzung dieser Daten aber erhebliche Kosteneinsparungen für die Gemeindeverwaltungen darstellten, arbeiteten schon sehr viele Gemeinden mit den alle drei Jahre aktualisierten Luftbildern.

Ortsnaher Partner

Für Bürgermeister Nagel ist der Einsatz eines modernen Geoinformationssystems eine der Grundlagen für eine effektive und Kosten einsparende Gemeinde. Mit der idomeo GmbH hat man zugleich einen ortsnahen Partner gefunden, der auf die speziellen Bedürfnisse in der Verwaltung eingeht und diese in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Sachgebietsleiter auch konsequent umsetzt.

Modul setzt Maßstäbe

So arbeitet man derzeit an einem Kanalerfassungs- und Dokumentationsmodul, das neue Maßstäbe in Bezug auf Datenstruktur (besonders für GIS Software ausgerichtet), Wirtschaftlichkeit und Bedienbarkeit setzen wird. Dabei können direkt in der Gemeindeverwaltung die Daten aktualisiert werden, was eine erhebliche Kosteneinsparung gegenüber einer externen Bearbeitung nach sich zieht.

Wider dem Kostendruck

Für den Rathauschef und seine Mitarbeiter steht fest, dass nur eine moderne Verwaltung dem Kostendruck und dem ständig steigenden Arbeitspensum standhalten kann. Die Kumhausener Bürger können sich dabei gerne einmal vor Ort davon überzeugen. Auch wenn die Platzverhältnisse mittlerweile sehr beengt sind, führen die Gemeindeglieder dieses neue System gerne jedem Interessenten vor. **DK**

idomeoKOMMpak

Wir setzen Maßstäbe bei Geoinformationssystemen

Höchste Akzeptanz durch genial einfache Bedienbarkeit. Orthophoto, Kanal, ... Einbindung schon im Grundmodul. Keine Installations- und Grundschulungskosten. Kompetente Vertriebspartner direkt vor Ort.

idomeoSOFTWARE GmbH Landshut T.(0179) 5345796
idomeoSOFTWARE@aol.com

Stadt Brühl verabschiedet sich von der Kameralistik

Umstellung des Rechnungswesens mit DATEV bis 2005

Die Stadt Brühl im Rhein-Erft-Kreis wird vom 1. Januar 2005 an kaufmännisch buchen. Den Grundstein dafür haben die Kommune, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG und die Nürnberger DATEV eG in dieser Woche mit der Unterzeichnung eines Projektvertrages gelegt. Der IT-Dienstleister DATEV wird die Stadt Brühl bei der Umstellung auf die doppelte Buchführung (Doppik) unterstützen.

Brühl ist die zweite und bisher größte der sieben Pilotkommunen in Nordrhein-Westfalen, die im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) bereits jetzt für die Gesamtverwaltung den vollständigen Wechsel vom kameralen zum kaufmännischen Rechnungswesen wagt. Das NKF-Projekt wird bundesweit als maßgeblich für

die Weichenstellung beim Wechsel der Kommunen auf die kaufmännische Buchführung und bei der entsprechenden Gesetzgebung angesehen.

Ehrgeiziges Projekt

„In den verbleibenden fünf Monaten bis zum Jahreswechsel werden wir unser Rechnungswesen

komplett auf Doppik umstellen“, sagt Stadtkämmerer Dieter Freytag. Der Umstieg soll gleichzeitig für alle Fachbereiche der Kommune erfolgen. „Wir sind uns bewusst, dass wir uns damit ein ehrgeiziges Ziel gesteckt haben“, erklärt Freytag. Der schnelle Vollzug der Umstellung ist der Stadt Brühl sehr wichtig.

Hoher Grad an Fachwissen

„Sicher haben wir einen straffen Projektplan, aber mit diesem Projekt-Team ist das zu schaffen“, ist die Projektmanagerin Claudia Lorentzen aus dem DATEV-Consulting überzeugt. Denn auch auf Seiten der Stadt seien bereits ein hoher Grad an Fachwissen vorhanden sowie umfangreiche Vorarbeiten geleistet worden, die einen reibungslosen Ablauf der einzelnen Projektschritte möglich machen. Zudem kann DATEV auf Erfahrungen aus bereits durchgeführten Projekten zur Einführung der Doppik in Kommunen zurückgreifen.

Sechs Projektschritte

Das Projekt ist in sechs sich teilweise zeitlich überlagernde Schritte gegliedert. In Phase eins wird ein Soft- und Hardware-Konzept erstellt und umgesetzt, das ein reibungsloses Zusammenspiel aller einzusetzenden technischen Komponenten gewährleistet.

Inhaltlich beginnt das Doppik-Projekt mit der Festlegung der Produktstruktur in Phase zwei. Damit verbunden ist die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, die hilft, Aufwendungen und Erträge jeweils den öffentlichen Dienstleistungen zuzuordnen, die sie verursacht haben. Durch die Konzeption eines kommunalen Controllings lassen sich dann aussagekräftige Auswertungen erstellen, die Einsparpotenziale offen legen.

Den dritten Schritt bildet die Aufnahme und Bewertung des kommunalen Anlagevermögens der Stadt Brühl. Damit wird die Basis für die Erstellung einer Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2005 geschaffen. Im vierten Projektabschnitt wird das Projekt-Team die Haushaltsplanung der Stadt Brühl und deren Umsetzung in Angriff nehmen. Der fünfte Schritt ist schließlich die eigentliche Einführung der doppelten Buchführung und des Rechnungswesens inklusive des Kontenplans und der Auswertungen nach den Vorgaben des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in Nordrhein-Westfalen. Die letzte Phase des Projekts wird sich dann mit der Einrichtung der neuen DATEV-Software für die Veranlagung von Steuern und die Abrechnung von Gebühren befassen.

Spezifische Ansprüche

Die Stadt Brühl wird ihr bisheriges kamerales Rechnungswesen-System durch eine DATEV-Lösung ersetzen, um als Modellkommune eine zeitnahe Umstellung auf das NKF zu vollziehen. „Neben den sich aus dem NKF ergebenden Anforderungen stellt Brühl eine Reihe spezifischer Ansprüche an die Software, die wir mit unserer Lösung abdecken“, so Lorentzen. Wichtig ist der Stadt beispielsweise die Möglichkeit des Imports von Massendaten aus vorgelagerten Systemen, etwa für die Sozialhilfe oder die Personalabrechnung. Auch den möglichen Export von Daten aus dem künftigen Buchführungssystem in das vorhandene Reportingsystem gewährleistet DATEV.

Kein unbeschriebenes Blatt

Die Stadt Brühl ist in Sachen Doppik kein unbeschriebenes Blatt. Erfahrungen mit der Konzeption zur Einführung eines doppelten kommunalhaushalts hat sie bereits seit 1999 gesammelt. Damals beteiligte sie sich gemeinsam mit den Städten Dortmund, Düsseldorf, Moers und Münster an einem Modellprojekt zur Erstellung eines Regelwerks für ein kommunales Rechnungswesen, das vom

Die Poststelle als Kostenfaktor

Preisgünstige Postbearbeitung in Rathäusern und Behörden durch externe Dienstleister

München - Die Poststellen in Rathäusern oder kommunalen Behörden erfordern heute die Beschäftigung von Fachpersonal. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund zunehmender Sicherheitsaspekte führt das wiederum zu hohen Kosten. Outsourcing an einen spezialisierten Fachdienstleister bietet sich deshalb gerade angesichts der angespannten Haushaltslage der Kommunen geradezu an!

Postbearbeitung ist sicherheitsrelevant und zudem Vertrauenssache, insbesondere in Behörden und Verwaltungen. Als zuverlässiger Partner, der im Portfolio seiner infrastrukturellen Dienstleistungen auch den Betrieb von Poststellen in Rathäusern, Behörden oder kommunalen Eigenbetrieben übernimmt, gewährleistet E.ON Facility Management (EFM) Service auf höchstem Qualitätsniveau.

Sämtliche klassischen Aufgaben einer Poststelle, von der Bearbeitung der Eingangspost, dem Verteilen betriebsinterner Mitteilungen bis zur kompletten Fertigstellung der Ausgangspost, einschließlich kuvertieren, frankieren und einliefern, können die Fachleute von EFM kostengünstig übernehmen. Der Postdienst von EFM bürgt dabei für höchste Sicherheit, denn alle eingehende Post wird sorgfältig kontrolliert und in einer Röntgenanlage durchleuchtet.

Das Auslagern selbst kleiner und mittlerer Poststellen an ein leistungsstarkes Dienstleistungsunternehmen bringt schon erhebliche Kostenvorteile, weil nur noch die tatsächlich erbrachten Leistungen abgerechnet werden. Hohe Investitionsaufwendungen in Maschinen und Geräte zur Postbearbeitung sowie die Bindung von Eigenpersonal sind nicht mehr erforderlich.

Die Fachleute des EFM wissen auch, wie die Auslieferung der unterschiedlichen Sendungsarten durch die richtige Wahl des Versandunternehmens möglichst preiswert abzuwickeln ist. „Wir bieten maximale Effizienz bei minimalen Kosten“, stellt Marketing- und Vertriebsleiter Hans Blank fest und verweist auf die dem jeweiligen Kunden exakt angepassten Leistungs- und Anforderungsprofile.

Mahnverfahren online und elektronische Signatur

Digitale Kommunikation mit Gerichten ist weit fortgeschritten

Nürnberg - Mahnverfahren können heute bereits in mehreren deutschen Bundesländern elektronisch beantragt werden. Damit sind die Mahngerichte zahlenmäßig Vorreiter unter den so genannten Online-Gerichten. Sie nutzen die Vorteile der elektronischen Kommunikation im elektronischen Rechtsverkehr. Der digitale Mahnbescheid wird dazu mit einer elektronischen Signatur versehen, wie sie sich beispielsweise mit der zertifizierten Signaturkarte der DATEV erzeugen lässt.

Die Zentralen Mahngerichte in den Bundesländern Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen akzeptieren Mahnanträge schon heute elektronisch über das Internet. Baden-Württemberg und Niedersachsen sollen noch in diesem Jahr folgen. In den formularbasierten Verfahren (ProfiMahn/OptiMahn), die in den meisten Bundesländern zur Anwendung kommen, wird der Datensatz eines Mahnantrags als Anlage (über ein OSCI-Protokoll) an das jeweilige Mahngericht übermittelt. Lediglich Bayern geht einen eigenen Weg und hat das so genannte TAR/WEB-Verfahren implementiert. Dabei werden die mit einer Mahnsoftware erzeugten Datensätze direkt in das automatisierte gerichtliche Mahnverfahren (AUGEMA) beim Zentralen Mahngericht in Coburg eingespielt.

Kostenlose Software für Online-Verfahrensweisen

Die Software für die Online-Verfahrensweisen stellen die Gerichte kostenlos zur Verfügung. Voraussetzung für die voll elektronische Übermittlung der Daten ist, dass der Schriftsatz mit einer qualifizierten elektronischen Signatur unterschrieben ist und verschlüsselt an das Mahngericht versendet wird. Gegenüber dem für Normalverbraucher konzipierten OptiMahn können über das ProfiMahn-Verfahren auch die Verfahrensnachrichten des Gerichts online abgerufen werden.

Sowohl Antragsteller als auch Mahngericht profitieren vom Rechtsverkehr über das Internet. Denn er ermöglicht eine schnelle, effektive und fehlerfreie Abwicklung, da die Software Fehlerangaben durch Plausibilitätsprüfungen minimiert. Eine Beschleunigung des gerichtlichen Mahnverfahrens ist das Ergebnis. Außerdem erleichtert der digitale Kommunikationsweg die Erreichbarkeit der Gerichte und ermöglicht eine medienbruchfreie Kommunikation der Beteiligten.

Der elektronische Rechtsverkehr ist eine moderne und attraktive Alternative zu den herkömmlichen Kommunikationskanälen Post und Fax. Da die Daten dabei mit einer rechtsgültigen elektronischen Unterschrift versehen und für den Austausch verschlüsselt werden, ist auch ihre Vertraulichkeit gewährleistet. Software und SmartCards für die Verschlüsselung und Signatur, die mit allen relevanten Mahnverfahren konform ist, liefert die Nürnberger DATEV eG im Rahmen des Produktbündels e:secure.

EDV Ermtraud GmbH und KOB EDV-Systeme GmbH:

Vertriebsvereinbarung für Gebührenkassensoftware

Rheinbrohl/Stammham - Die EDV Ermtraud GmbH und die KOB EDV-Systeme GmbH geben die Zusammenarbeit im Bereich Gebührenkasse bekannt. Ab sofort ist TopCash (Gebührenkasse für die Verwaltung) über die KOB EDV-Systeme GmbH verfügbar.

Die jetzt getroffene Vereinbarung sieht zudem vor, dass die KOB EDV-Systeme GmbH Installationen und Schulungen von TopCash vornimmt. Zusätzlich werden die Kunden durch die Niederlassung in Stammham betreut.

Im Gegenzug hierzu nimmt die EDV Ermtraud GmbH zukünftig an Anwendertagen der KOB teil.

„Unsere Zusammenarbeit mit der KOB verfolgt ein gemeinsames Ziel, nämlich gemeinsame Kunden in Sachen Kassenlösungen ideal auszustatten“, erklärt Gregor Ermtraud, der Geschäftsführer der EDV Ermtraud GmbH. „Wir hoffen vor allem durch gemeinsame Erfahrungen noch mehr auf unsere Anwender eingehen zu können.“

nordrhein-westfälischen Innenministerium begleitet und gefördert wurde. Später schlossen sich die Gemeinde Hiddenhausen und der Kreis Gütersloh dem Projekt an.

Wichtige Grundlage

Das erarbeitete Konzept - ein gemeinsamer Vorschlag zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts - wurde schließlich unter dem Titel „Neues Kommunales Finanzmanagement - Betriebswirtschaftliche Grundlagen für das doppelte Haushaltsrecht“ veröffentlicht. Es bildet die Grundlage für die landesweite Einführung der doppelten Buch-

führung bei den Kommunen, die Nordrhein-Westfalen vom kommenden Jahr an in Angriff nehmen will.

Umstieg mit Modellcharakter

Die Erfahrungen der Modellkommunen werden dann allen Umstellungskandidaten nutzbar gemacht. Daher hat das Projekt in Brühl Modellcharakter für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, aber auch in den anderen Bundesländern. Denn NRW ist bundesweit führend in Bezug auf den Umstieg von Kommunen auf das kaufmännische Rechnungswesen.

Softwarelösung Quadriga-IT:

IT-Ressourcen und Inventar systematisch verwalten

Werden in Kommunalverwaltungen Informationen zu den vorhandenen Arbeitsplatzrechnern, Büromöbeln oder anderen Ressourcen benötigt, lassen sich die erforderlichen Angaben meist nur mit großem Zeitaufwand ermitteln. Die Möglichkeiten, an dieser Stelle Zeit und damit Kosten einzusparen, bleiben vielfach ungenutzt, da die Anforderungen an eine umfassende Ressourcenverwaltung hoch sind: So müssen die benötigten Daten nicht nur leicht zu erfassen und schnell verfügbar, sondern auch auf dem aktuellsten Stand sein. Darüber hinaus ist auch der Schutz der vorhandenen Daten vor unbefugten Änderungen sicherzustellen, sodass nicht etwa ein für die allgemeine Inventarverwaltung zuständiger Bearbeiter die technischen Daten der IT-Ressourcen ändern kann.

Für die systematische und umfassende Verwaltung der vorhandenen Ressourcen empfiehlt sich der Einsatz von Quadriga-IT. Diese von der Firma Quadriga Informatik auf der SYSTEMS in München vorgestellte Software ist leicht zu bedienen und universell einsetzbar. Kernstück ist die komfortable Verwaltung von Hard- und Softwarekomponenten sowie der zugehörigen Anwender, Lieferanten, Verträge, Räume und Problemfälle. Frei definierbare Zusatzfelder machen die Software an unterschiedliche Einsatzgebiete anpassbar, so dass sich auch Büromöbel, Fahrzeuge und weitere Ressourcen verwalten lassen.

Die Erfassung der Daten unterschiedlicher Ressourcen lässt sich mit Quadriga-IT ohne großen Aufwand organisieren: Eine Option der Software erlaubt es beispielsweise, die Hardware-Eigenschaften der PCs und die auf ihnen installierte Software automatisch auszulesen. Eine manuelle Eingabe ist in diesem Fall also nicht erforderlich.

Aber auch dann, wenn sich Informationen nicht elektronisch auslesen lassen, bietet Quadriga-IT Unterstützung bei der Eingabe. Um beispielsweise eine Lieferung von 10 baugleichen Schreibtischen in die Datenbank aufzunehmen, reicht es, die Angaben für einen Schreibtisch zu erfassen und dann mit einem Klick per Mehrfachkopie für die anderen Schreibtische zu übernehmen.

Auswertung der Daten

Die in Quadriga-IT vorliegenden Daten lassen sich auf vielfältige Weise auswerten. Ein große Auswahl an vorbereiteten Listen und Übersichten lässt sich mit wenigen Mausklicks um neue Varianten erweitern. Damit ist es möglich, für unterschiedlichste Themenbereiche flexibel und schnell die benötigten Daten in übersichtlicher Form zusammenzustellen.

Um die Aktualität der Daten sicherzustellen, ist es erforderlich, in regelmäßigen Abständen Bestandskontrollen durchzuführen.

Bisher waren solche Bestandskontrollen jedoch zeitraubend und fehlerhaft, da es dazu nötig war, mit einer Strichliste umherzugehen, die einzelnen Inventargegenstände durch mühsames Ablesen von Inventar- oder Seriennummern zu identifizieren und auf der Liste abzuhaken. Danach mussten die Ergebnisse dann noch manuell in den PC eingegeben werden.

Mobile Bestandskontrolle

Quadriga-IT ermöglicht mit einer besonderen Option „Quadriga-Mobile“ einen wesentlich einfacheren Ablauf bei Bestandskontrollen. Zur Kennzeichnung der Inventargegenstände kommen dabei Inventaretiketten zum Einsatz, auf denen die Inventarnummer als Barcode verschlüsselt ist. Es ist sogar möglich, diese Barcode-Etiketten mit Quadriga-Mobile selbst zu erstellen. Für eine Bestandskontrolle überträgt der Mitarbeiter die Daten zu den vorhandenen Ressourcen aus Quadriga-IT auf den Pocket PC iPAQ. Ein solcher iPAQ lässt sich

zu einem handlichen Barcode-Scanner erweitern, indem er in ein sog. Jacket eingelegt wird, das den Scanaufsatz enthält. Die Bestandskontrolle reduziert sich damit auf das Umhergehen mit dem iPAQ und Scannen der Barcodes auf den Inventaretiketten.

Die auf der SYSTEMS neu vorgestellte Version „Manager“ von Quadriga-IT bietet ein umfassendes Berechtigungskonzept. Damit lässt sich beispielsweise gewährleisten, dass den für die Inventarverwaltung zuständigen Mitarbeitern der Zugang zu den Daten der IT-Ressourcen verwehrt bleibt.

Neben Quadriga-IT bietet Quadriga Informatik mit Quadriga-Anlagen auch eine seit Jahren eingeführte Anlagenbuchhaltung, mit der das Rechnungswesen Abschreibungen und Buchwerte ermitteln kann. Mit Quadriga-Anlagen sind Kommunalverwaltungen für die Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens von der Kameralistik zum kaufmännischen Rechnungswesen mit Doppelter Buchführung (Doppik) gerüstet. Eine auf der diesjährigen Systems vorgestellte Schnittstelle erlaubt zudem eine enge Zusammenarbeit zwischen Quadriga-IT und Quadriga-Anlagen und macht das Angebot der Firma Quadriga Informatik zu einer integrierten Lösung für die Anlagenverwaltung. ☞

Bayerische ALG II-Lösung im Einsatz

Viele Kommunen entscheiden sich für OK.SOZIUS - SGB II

Die AKDB (Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern) hat angekündigt, dass die software-technische Umset-

zung von „Hartz IV“ durch den Einsatz der Produktreihe „OK.SOZIUS“ auf der kommunalen Seite sichergestellt werden kann. Hierzu fanden Infotage unter dem Stichwort „Arbeitslosengeld II“ (ALG II) in Regensburg statt.

Stand der Entwicklung

Die AKDB informierte die Experten aus den Kommunalverwaltungen über die aktuellen Aktivitäten rund um die Einführung von „Hartz IV“. Besonderen Raum nahm dabei die Berichterstattung zum Entwicklungsstand von „OK.SOZIUS - SGBII“ ein. Diese Neuentwicklung des führenden deutschen SW-Anbieters im kommunalen Bereich ist das Lösungsangebot der AKDB zur Bearbeitung von ALGII vor Ort.

Bei allen Veranstaltungstagen bescheinigten die Teilnehmer dem Verfahren OK.SOZIUS - SGBII großen Komfort und eine umfassende Funktionalität. Gerade angesichts des enormen Datenaufkommens begrüßten die Teilnehmer die Möglichkeit zur Übernahme bereits vorhandener Fälle aus dem bewährten OK.SOZIUS Sozialhilfe-Verfahren. Der Arbeitsaufwand wird zusätzlich gesenkt durch die einheitliche Bedienung in allen Verfahren der OK.SOZIUS-Familie.

Die Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zur Kontaktpflege wurde rege genutzt. Die Veranstaltung hat damit bei den Teilnehmern zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beigetragen. Deutlich wurde, dass OK.SOZIUS - SGB II bei den optierenden AKDB-Anwendern und zusätzlich bei einer Vielzahl von Kommunen installiert wird, die die Übergangsregelung nach § 65 a nutzen. ☞

Barrierefreiheit im Web

Informationsforum im Rathaus Unterschleißheim

Die behindertengerechte Gestaltung öffentlicher Webauftritte war Thema eines überaus gut besuchten Informationsforums in Unterschleißheim. Die Veranstaltung wurde vom Arbeitskreis Informations- und Kommunikationstechnologie des Wirtschaftsraums Südbayern (MAI) e.V. in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Unterschleißheim und der F.A.S.T. GmbH, München, organisiert. EDV-Verantwortliche kommunaler und überörtlicher Verwaltungen nutzten die Gelegenheit, sich über das Thema „Barrierefreiheit im Web“ zu informieren.

Vor allem Blinde und stark sehbehinderte Menschen haben bei der Nutzung des Internets mit Hürden zu kämpfen. Der Veranstaltungsort Unterschleißheim hat einen engen Bezug zu Bürgern mit Sehbehinderung. Die Stadt beherbergt seit über 20 Jahren das Edith-Stein-Zentrum für Blinde und Sehbehinderte und hat sich daher frühzeitig um die bessere Zugänglichkeit des städtischen Webangebots gekümmert. Rolf Baumann vom Bayerischen Ministerium für Arbeit und Sozialordnung stellte in seinem Vortrag die rechtlichen Grundlagen vor.

Verordnung wird erarbeitet

Auf der Grundlage des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BayBGG) erarbeitet das Bayerische Innenministerium derzeit eine Ausführungsverordnung zur Barrierefreiheit im Bereich der Informationstechnik. Diese wird sich laut Baumann stark an der „Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung“ (BITV) des Bundes orientieren. Vermutlich werden sich 80 bis 90 Prozent der Bundesregelungen in der bayerischen Verordnung wieder finden. Dies sei auch durchaus sinnvoll, da es für die Barrierefreiheit bundeseinheitliche Standards geben müsse. Bei der barrierefreien Webgestaltung steht sehr häufig die Gruppe der Blinden und Sehbehinderten im Mittelpunkt.

Zeitliche Flexibilität

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel stellt sich jedoch auch umgehend die Frage nach der Finanzierung. Deshalb sollte die Verordnung bei der Umsetzung zeitlich flexibel sein. Übergangsregelungen und großzügige Fristen sollen es den öffentlichen Verwaltungen ermöglichen, den Umstieg zur Barrierefreiheit auch angesichts der angespannten Finanzsituation zu schultern.

Bernhard Claus vom Blinden- und Sehbehindertenbund Bayern e.V. demonstrierte eindrucksvoll die Barrieren, aber auch die Möglichkeiten der Internetnutzung für blinde Menschen. Claus - selbst blind - hatte zwei Webauftritte als Beispiel ausgewählt. Sein Zugang ins weltweite Netz erfolgt mit Hilfe einer Sprachausgabesoftware und einer Tastatur mit Braille-Zeile. Er zeigte den Teilnehmern sehr schnell, dass sich die beiden Webseiten für den blinden Nutzer fundamental voneinander unterscheiden. Im ersten Fall bestand die Seite nur aus graphischen Elementen mit wenig aussagekräftigen Linkbezeichnungen, wodurch die Reise des Blinden ins Netz bereits auf der Startseite endet.

Weitaus besser funktioniert Beispiel Nr. 2: Alle relevanten Informationen liegen in Textform vor, graphische Elemente sind entsprechend beschrieben. Auch Blinde können sich auf dieser Seite orientieren und die darin enthaltenen Angebote nutzen. Für Claus ist es besonders wichtig, die Bedeutung der Barrierefreiheit in den Köpfen zu verankern.

Gerade im Bereich eGovernment können sich die Investitionen der Kommunen in die Barrierefreiheit bezahlt machen - nämlich dann, wenn auch Sehbehinderte einen Teil ihrer Behördengänge bequem von zu Hause aus erledigen können und sich somit der Betreuungsaufwand in den Ämtern reduziert.

Zugangshürden abgebaut

Robert Voglgsang von der Firma F.A.S.T. hat sich in den vergangenen zwei Jahren unter anderem um die Senkung der Zugangshürden der Unterschleißheimer Website gekümmert. Er konnte den Veranstaltungsteilnehmern wichtige erste Schritte in Richtung Barrierefreiheit erklären. Bestehende Webauftritte können Voglgsang zufolge unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit getestet werden (z.B. unter www.bikttest.de). Sind die Hürden einmal identifiziert, lassen sie sich schrittweise so weit abbauen, dass behinderte Nutzer zumindest die wichtigsten Informationen erfassen können. Um eine zugangsoptimierte Seite zu realisieren, ist jedoch unter Umständen eine grundlegende Umstrukturierung des Gesamtauftritts erforderlich. Wirklich barrierefreie Lösungen sind nur bei einer strikten Trennung des Seitenlayouts vom Seiteninhalt möglich. Vielfach scheitern solche umfassende Lösungen noch an technischen Problemen. Ein technischer Dienstleister kann heute einen Webauftritt so überarbeiten, dass ein zugangsoptimierter Webauftritt vorliegt. Es gibt aber bislang noch keine Content Management Systeme, um die Inhalte konform zur BITV weiter zu verwalten.

Wer soll das bezahlen?

In der abschließenden Diskussionsrunde zeigte sich, dass sich für die öffentliche Verwaltung noch viele Fragen stellen. Soll man sich schon heute um die Barrierefreiheit kümmern? Gibt es Beratungsangebote und Institutionen, an die sich Kommunen wenden können? Und schließlich natürlich die Frage: Wer soll das bezahlen?

Fakt ist, dass sowohl zu den Inhalten der Ausführungsverordnung als auch zur Finanzierung derzeit Verhandlungen laufen, an denen die kommunalen Spitzenverbände, die zuständigen Ministerien und die Behindertenverbände beteiligt sind. Am Ende dieses interessanten Vormittags herrschte jedoch Einigkeit über das Ziel, dass Behinderten eine gleichberechtigte Teilhabe am sozialen Leben und damit auch ein barrierefreier Zugang zu Informationen im Internet ermöglicht werden muss.

Rolf Baumann appellierte an die Teilnehmer, als öffentliche Verwaltung den Mut zu haben, schon heute mit gesundem Menschenverstand das Problem „Barrierefreiheit“ anzupacken und nicht auf den genauen Wortlaut einer Ausführungsverordnung zu warten. **DK**

Erste Open Space-Veranstaltung der IT-Region in Rosenheim

Kunstmühle bot freien Raum für Ideen, Anregungen und Problemlösungen

Die erste Rosenheimer Open Space-Veranstaltung der „IT-Region Salzburg - Rosenheim - Kufstein - Traunstein - Berchtesgadener Land“ fand im neu renovierten Industriedenkmal Kunstmühle statt. Viele der rund 80 Gäste aus der gesamten Region, unter Ihnen Firmenchefs von IT-Unternehmen, Wirtschaftsvertreter, Kommunalpolitiker und Bildungsanbieter, konnten sich zu Beginn der Veranstaltung nur wenig unter der Veranstaltungsidee „Open Space“ - „Offener Raum“ vorstellen. Doch schon die Begrüßung in der großräumigen Silohalle der Kunstmühle ließ ahnen, was sich hinter dem modernen Schlagwort verbirgt: offener Raum für jeden, der an der IT-Region interessiert ist, offener Raum für Gedanken und Ideen, offener Raum für Bildung von Arbeitskreisen, offener Raum zum Kennenlernen und für Zusammenarbeit.

Stadtdirektor Diethard Schinzel begrüßte in Vertretung von Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer die Besucher und freute sich, „dass so viele Bürgermeister und Politiker anwesend“ waren. Dies unterstreiche die Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnik für die Region und zeige die enge Verbindung von Politik, Wirtschaft und Bildungsträgern in Rosenheim, betonte Schinzel. Gleichzeitig dankte der IuK-Motor in Rosenheims Verwaltungsspitze

dem Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung Günter Ehrl und dessen engagiertem Team für die reibungslose Organisation der grenzüberschreitenden Veranstaltung.

Rückblick

Rosenheims „Vater der IT-Idee“, Prof. Dr. Roland Feindor, verwies in seiner kurzen Einleitung auf die letztjährige Open Space Veranstaltung der IT-Region in Salzburg. Die Projektleiter Walter Weißkopf

aus Kufstein, zuständig für das Projekt „Grenzüberschreitende Vernetzung“, Romana Schwab aus Salzburg, verantwortlich für das Projekt „Technologie & Wissenstransfer“ sowie Prof. Feindor, Leiter der Projekts „Bildung & Qualifizierung“, informierten über Ergebnisse und Umsetzung der damals behandelten Arbeitsthemen.

Ziel ist die Vernetzung

Auch in Rosenheim brachten die Teilnehmer der Open Space Konferenz viele Ideen und Anregungen mit und bildeten schnell Arbeitskreise, in denen Probleme diskutiert, Möglichkeiten einer besseren Kooperation über die Grenzen hinweg eruiert und neue Partnerschaften und Kontakte mit potentiellen Kunden oder IT-Partnern geknüpft wurden. So kam man der Grundidee des von der EU im Rahmen von Interreg III geförderten Gemeinschaftsinitiative „IT-Region“ - gemeinsam als Wirtschafts- und IT-Kompetenzraum zu agieren -, wieder einen großen Schritt näher. „Unser Ziel ist die Vernetzung“, betonte auch die Moderatorin der Veranstaltung Dr. Katharina Petri.

Nach einer kurzen Kaffepause im stilvollen Café Dinzler und der Möglichkeit der Gäste das neue Wahrzeichen Rosen-

heims zu besichtigen, bildeten sich die Arbeitskreise, um in kleinen Gruppen über Themen wie „Umwelt und Internet“ oder „Die Entstehung starker Technologieregionen“ zu diskutieren und hier am Beispiel von Silicon Valley die Voraussetzung der IT-Region für eine Ausweitung zu einem IT-Kompetenzzentrum zu erörtern.

Arbeitsgrundlagen

„Collaboration Business - Vernetzung von Unternehmensprozessen“, „GIS in der IT-Region“, „PR-Maßnahmen für KMUs unter Einsatz moderner Medien“, „Wissensmanagement“ und „Wirtschaftliche Vorteile für Non-IT-Firmen durch den Einsatz von IT“ waren weitere Arbeitsgrundlagen für Workshops.

IT-Know-how-Börse

Auf großes Interesse stieß auch das Thema „Gründung einer IT-Know-how-Börse“. „Welches IT-Know-how finde ich in der Region? Wie kann dieses optimal gebündelt, veröffentlicht und genutzt werden?“, waren Fragen, die sich die Teilnehmer des Arbeitskreises stellten.

Denn obgleich sowohl die zahlreichen in der Region ansässigen IT-Dienstleister als auch Unternehmen, die IT-Lösungen intensiv nutzen, über hohes Know-how in speziellen Bereichen verfügen, ist es oftmals unmöglich, diese Fachleute zusammenzubringen. In einer Datenbank sollen deshalb alle relevanten Informationen strukturiert zusammen-



Rosenheims IuK-Motoren im Arbeitsgespräch auf der Open Space Veranstaltung der IT-Region in der Kunstmühle. V.l. Prof. Dr. Roland Feindor, Richard Weissenbacher, Landratsamt Rosenheim, Günter Ehrl, Leiter der ADV Rosenheim und Katharina Petri, Moderatorin der Veranstaltung.

gefasst und in der Region zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem Verlauf und den Ergebnissen von Rosenheims 1. Open Space Veranstaltung der IT-Region zeigte sich Günter Ehrl sehr zufrieden: „Mich freut nicht nur die große Beteiligung, sondern auch die vielen interessanten Ansatzpunkte für

weitere Aktivitäten, die sich aus den Gesprächskreisen ergeben haben. Auch bei dieser Veranstaltung konnten die Grenzbarrieren in den Köpfen der Teilnehmer abgebaut werden und es wurden wirklich fruchtbare Kooperationsideen über die Staatsgrenzen hinweg gefunden“.



Den offiziellen Startschuss verfolgen (von links nach rechts): Oberpflegamtsdirektor Rainer Freiherr von Andrian-Werburg vom Weingut Juliuspital Würzburg als Pilotanwender, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Wolfgang Endres und Dieter Ofenhitzer (Sachgebiet Weinbau der Regierung), Lisa Schmitt (Fränkische Weinkönigin), Regierungsvizepräsidentin Heidrun Piwernetz, Andreas Oestemer (Präsident des Fränkischen Weinbauverbandes) und Burkard Bähr (Arbeitsbereichsleiter IuK der Regierung). Im Vordergrund am PC Edlraut Dahlweid (Weingut Juliuspital).

WeinprüfungOnline

Regierung von Unterfranken setzt Meilenstein bei eGovernment für Winzer

Die Regierung von Unterfranken beschreitet neue digitale Wege bei der Qualitätsweinprüfung mit dem Projekt „WeinprüfungOnline“. Sie setzt dabei auf die bewährte XANIA Technologie der FJD für elektronische Formulare und Workflowlösungen.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer freute sich darüber, dass die Regierung von Unterfranken „eine Vorreiterrolle bei der Online-Datenübermittlung vom Kunden zur Verwaltung übernimmt.“ Dies sei ein wichtiger Beitrag, die Verwaltung fit für das Informationszeitalter zu machen.

Mit dem Projekt Weinprüfung-Online wird für 12.000 jährliche Weinprüfungen durch den Einsatz neuer EDV-Technologie eine Doppelbelastung von Daten bei Winzern und der Regierung als Prüfbehörde entbehrlich. „Damit leisten wir einen weiteren wichtigen Schritt zu noch mehr Service und Schnelligkeit für unsere Winzerbetriebe“, so Dr. Beinhofer. Ziel des Projektes „WeinprüfungOnline“ ist es, das Verfahren zur Anstellung der Weine für die Winzerbetriebe und Labore zu vereinfachen und dabei die Anmeldung und Erfassung der Weine über das Internet zu ermöglichen.

Der Vorteil beim neuen Verfahren: Zur amtlichen Weinprüfung können die Weinbaubetriebe die wesentlichen Daten be-

reits über Internet plausibilitätsgeprüft an die Weinprüfstelle verschicken. Dies verkürzt die Bearbeitungszeit, da die Daten bei der Prüfstelle ohne nochmalige Dateneingabe in das Prüfverfahren übernommen werden können. Die Gewinnerinnen und Gewinner erhalten sodann umgekehrt ihre Prüfergebnisse vorab in elektronischer Form zugesandt, was Vorteile beim Marketing und Vertrieb bringt.

Rubrik Elektronische Dienste neu strukturiert

Mit neuem Gesicht und themenorientierter Struktur präsentiert sich die Rubrik „Elektronische Dienste“ auf Nürnberg Online (www.nuernberg.de). Nach Themen sortiert werden Online-Anwendungen, Formulare und Broschüren der städtischen Dienststellen zur Nutzung auf dem heimischen PC angeboten. Über 200 Online-Anwendungen, Formulare und Broschüren der Stadtverwaltung sind für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen übersichtlich strukturiert und mit wenigen Klicks erreichbar.

SYSTEMS 2004:

Vorreiter für die Technologie-Integration

Erweiterung der Bereiche IT- und Kommunikationstechnologie um „Digital Media & Technology“

Die Einsatzbereiche und Zielmärkte für die neuen, digitalen Medientechnologien sind vielfältig: Content-Anbieter, die ihre Inhalte über Provider, Medien oder andere Unternehmen vermarkten wollen, Unternehmen, die nach neuen digitalen Vermarktungsformen suchen oder Firmen, die virtuelle Medientechnologien zur Steuerung komplexer IT-Strukturen einsetzen möchten. Für alle Bereiche gilt jedoch, dass ITK-Technologien die Basis für moderne Medienlandschaften bilden und zunehmend miteinander verschmelzen.

Klaus Dittrich, Geschäftsführer der Messe München International, erläutert: „Diesen Trend haben wir identifiziert und bilden ihn als Vorreiter in der Messelandschaft auf der SYSTEMS 2004 ab.“

Unter dem Motto „Das Business Programm“ gibt es vom 18. bis 22. Oktober in der Neuen Messe München neben den bewährten Bereichen IT (Software, Systems & Integration, Office & Peripheral Technology) und Communications (Telecommunications & Networking) zusätzlich den Bereich Medien (Digital Media & Technology). Hier werden Software, Systeme und Services für die Herstellung, Auswertung, Verteilung und die Darstellung medialer Inhalte präsentiert.

Neues Konzept

Dittrich: „Auf der SYSTEMS kommt zusammen, was zusammen gehört. Davon profitiert maßgeblich der Fachbesucher, denn die Verantwortung für Medientechnologien, Telekommunikation und IT liegt in Unternehmen zumeist in einer Hand. Darüber hinaus gibt es zwischen diesen Technologien ein hohes Maß an Interdependenz im Unternehmenseinsatz.“

Bei den Ausstellern erfährt das neue Konzept hohe Akzeptanz: „Anwendungen und Inhalte sind der Treibstoff, den die

ITK-Branche braucht, um wieder der Motor des Wirtschaftswachstums zu werden. Mit dem Schritt, die Medienwelt und die ITK-Welt miteinander zu verbinden, hat die SYSTEMS diesen Trend erkannt und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Branche“, kommentiert Thomas Ganswindt, Mitglied des Vorstands der Siemens AG.

„Media Future Award“

Die Ausrichtung auf IT, Media und Communications wird mit der Ausschreibung des „Media Future Award“ unterstrichen, der auf der SYSTEMS 2004 erstmalig vergeben wird. Mit diesem Preis soll in Zukunft jedes Jahr die wichtigste Innovation auf dem Gebiet digitaler Medientechnologien ausgezeichnet werden.

eGovernment Area

Speziell für den kommunalen Bereich werden im Lösungszentrum bewährte und neue Anwendungen präsentiert. Software- und Systemhäuser zeigen in der eGovernment Area ihr Leistungsspektrum, Anwender aus staatlichen Behörden tauschen sich aus mit Anbietern von Best-Practice-Lösungen und diskutieren aktuelle Anwendungsstandards.

Bilanz der Verwaltungsreform:

Spürbare Verbesserungen am Landratsamt Günzburg

Im Kreistag des Landkreises Günzburg wurde jetzt ein Resümee der Verwaltungsreform am Landratsamt gezogen. Vertreter aller Fraktionen waren sich darin einig, dass der Optimierungsprozess zu positiven Ergebnissen geführt hat und sich spürbare Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger ergeben haben.

„In guten Zeiten muss man Vorsorge treffen, um in schlechten handlungsfähig zu bleiben“ und: „Nicht nur verwalten kann unsere Zielsetzung sein, sondern wir wollen trotz knapper Kassen gestalten“ waren die Appelle von Landrat Hubert Hafner an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In seinem Wunsch, eine Verwaltung hinter sich zu haben, die bestmöglich auf die Aufgaben und Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft eingerichtet ist, bekam er breite Unterstützung der Bediensteten.

Als Projektleiter Hans Rupprecht vor dem Kreistag das Projekt Verwaltungsmodernisierung Revue passieren lies, richtete er seinen Blick vor allem auf den praktischen Einsatz und die positiven Wirkungen der neuen „Werkzeuge“ und Strukturen im Landratsamt.

Prozess auf Hochtouren

Ein Merkmal eines Projektes ist, dass es zeitlich begrenzt ist. Dies ist mit der umfassenden Verwaltungsmodernisierung am Landratsamt Günzburg auch der Fall. Über sieben Jahre, von 1997 bis 2003, lief der Prozess auf Hochtouren. Was erreicht wurde, ist nun auch in einer Broschüre nachzulesen. Drei Hauptzielrichtungen hatte die Verwaltungsmodernisierung: Ein Ziel war, die Bürgerfreundlichkeit zu fördern, ein weiteres, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmögliche Bedingungen für wirkungsvolles und motiviertes Arbeiten zu schaffen. Ein drittes Ziel, das Handeln auf hohe Wirtschaftlichkeit zu trimmen, hat bei der zurückgehenden Finanzausstat-

Bürgermeisterversammlung des Landkreises Augsburg:

Bericht über „Sorgenkinder“

Landkreis Augsburg (gri). Im Rahmen der Bürgermeisterversammlung des Landkreises Augsburg informierte Polizeidirektor Klaus Waltrich, dessen Amtsgebiet die Stadt Augsburg, sowie die Landkreise Augsburg und Aichach/Friedberg umfasst, über die Verkehrssituation auf den Strassen der Region.

Obwohl die Verkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahr bis dato eine etwas positivere Entwicklung zeige, bereite das Verkehrsverhalten der 18 bis 24-jährigen große Sorge. Sie sind es, die an den meisten schweren Verkehrsunfällen mit Todesfolge beteiligt sind.

Nicht angepasste Geschwindigkeiten, Überschätzung der eigenen Fähigkeiten sowie Drogen- und Alkoholeinflüsse zählen zu den häufigsten Unfallursachen. Eindringlich wies der Polizeichef auf die Anschuldigungspflicht im Auto hin. Im Schnitt habe jeder zweite, der bei einem Verkehrsunfall ums Leben kommt, sich nicht angeschnallt. Ausländer seien überproportional beteiligt.

Problemfälle Türken...

Vor allem Kinder und Jugendliche aus Aussiedler- und Ausländerfamilien sind es, die verstärkt zum Problemfall für die Polizei und Gesellschaft werden. Die Ursachen hierfür sieht der Polizeidirektor beispielsweise in den Familien der Türken, wo die Frauen nicht anerkannt würden. Folglich bauten sich Aggressionen auf, die auf die jugendlichen Familien-

mitglieder übertragen würden. Bei vielen Lehrkräften mache sich deshalb Angst breit.

... und Russen

Signifikante Probleme bereiten besonders die rund 30.000 deutschen Staatsbürger aus Rußland in der Region. Viele von diesen Menschen seien nicht bereit, die deutsche Sprache zu lernen und sich um Integration zu bemühen. Sie stellten eine Gesellschaft dar, so Waltrich, in die man keinen Einblick habe. Auf drastische Weise schilderte der Polizeichef das wachsende Problem: Die Männer finden keine Arbeit, es kommt zu exzessivem Alkoholkonsum und häuslicher Gewalt. Die Frauen gehen zur Arbeit, lernen dabei auch eher die deutsche Sprache und wirken aufgeschlossener. Die gewachsene Familienhierarchie zerbricht, die Aggressionen werden stärker.

Als überaus erfreulich wertete Polizeidirektor Klaus Waltrich schließlich die hohe Aufklärungsquote in seinem Distrikt (66,5 Prozent, bundesweit 53 Prozent). In seinem Ausblick auf die Zukunft war zu hören, dass sich ein Riesenwanderungsproblem auflösen wird.

Führungsverhalten

Was Führungskräfte mitbringen müssen, ist festgeschrieben. Ihr Führungsverhalten wurde in Seminaren geschult. Eine freie Arbeitszeitgestaltung, jährliche strukturierte Mitarbeitergespräche, Leistungsprämien und mo-

derne Arbeitsmittel dienen der „guten“ leistungsorientierten Arbeitsatmosphäre. Die betriebswirtschaftlichen Instrumente des Landratsamtes entsprechen denen von Wirtschaftsbetrieben. Über die Kosten- und Leistungsrechnung und das Controlling hat das Amt einen jederzeit aktuellen Blick auf die Entwicklun-

... und Russen

gen. Für den Fluss der Informationen und das „Anzapfen“ von Wissen bestehen klare Regeln. Der „Innovationsring“ des Bayerischen Landkreistags hat dem Landratsamt Günzburg beeindruckende Ergebnisse in der Verwaltungsmodernisierung bestätigt und das Amt als „lernende Organisation“ bezeichnet, die die Voraussetzungen geschaffen hat, sich zukünftig an verändernde Anforderungen anzupassen zu können. Das Landratsamt will künftig nach Partnerschaften bei Städten, Gemeinden und Landkreisen suchen, um die ständige Optimierung zu unterstützen. **DK**

gen. Für den Fluss der Informationen und das „Anzapfen“ von Wissen bestehen klare Regeln. Der „Innovationsring“ des Bayerischen Landkreistags hat dem Landratsamt Günzburg beeindruckende Ergebnisse in der Verwaltungsmodernisierung bestätigt und das Amt als „lernende Organisation“ bezeichnet, die die Voraussetzungen geschaffen hat, sich zukünftig an verändernde Anforderungen anzupassen zu können. Das Landratsamt will künftig nach Partnerschaften bei Städten, Gemeinden und Landkreisen suchen, um die ständige Optimierung zu unterstützen. **DK**

gen. Für den Fluss der Informationen und das „Anzapfen“ von Wissen bestehen klare Regeln. Der „Innovationsring“ des Bayerischen Landkreistags hat dem Landratsamt Günzburg beeindruckende Ergebnisse in der Verwaltungsmodernisierung bestätigt und das Amt als „lernende Organisation“ bezeichnet, die die Voraussetzungen geschaffen hat, sich zukünftig an verändernde Anforderungen anzupassen zu können. Das Landratsamt will künftig nach Partnerschaften bei Städten, Gemeinden und Landkreisen suchen, um die ständige Optimierung zu unterstützen. **DK**



Erinnerungsmedaille für Helmut Haller

Landrat Dr. Karl Vogele (r.) hat in einer kleinen Feierstunde die Fußball-Legende Helmut Haller (2.v.r.) mit der Erinnerungsmedaille des Landkreises Augsburg ausgezeichnet. „In unserer Jugend war Helmut Haller unser Idol. Heute noch ist er ein Sympathieträger ohnegleichen und ein Aushängeschild für unsere Region“, lobte Vogele den Geehrten. Der 65-jährige gebürtige Augsburgener lebt heute mit seiner Frau in Gersthofen. Als bislang einziger deutscher Spieler wurde Haller in Italien zum „Fußballer des Jahres“ gewählt. „Noch heute genießt er dort große Bekanntheit und Beliebtheit“, wie der Landtagsabgeordnete und Landratsvize Max Strehle (2.v.l.) bei einem Treffen in Bologna, dem auch Gersthofens 2. Bürgermeister Karl-Heinz Wagner (l.) beiwohnte, feststellen konnte. **DK**

Netzwerk kooperiert mit Denkfabrik

„Die ZENTEC ist ein äußerst erfolgreiches Kooperationsmodell am Bayerischen Untermain und dient der wirtschaftlichen Stärkung dieses Raumes.“ So bewertete Landrat Roland Schwing den Geschäftsbericht für das Jahr 2003 von Geschäftsführer Dr. Gerald Heimann, der bei der Sitzung des Kreis Ausschusses über Neuigkeiten beim Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Kooperation (ZENTEC Großwallstadt) berichtete.

Laut Heimann ist es der ZENTEC gelungen, in 2003 die Initiative Bayerischer Untermain erfolgreich zu integrieren. Deren Aufgabe ist es, die Vermarktung der Region sicherzustellen. Die Initiative kann dabei auf die komplette Leistungspalette der ZENTEC zurückgreifen, unter anderem Räumlichkeiten, Medientechnik, Büroorganisation und die IT-Infrastruktur.

Intensiv arbeitet die ZENTEC mit der Fachhochschule Aschaffenburg zusammen. Ziel sei es, die Kompetenzen der „Denkfabrik“ in der Fachhochschule zusammen zu bringen mit dem Netzwerk Partner-ZENTEC, die über eine Fülle von Wirtschafts- und Wissenschaftskontakten verfüge. Die ZENTEC ist inzwischen bayernweit, aber auch länderübergreifend anerkannt. So hat inzwischen die Innovationsberatungsstelle Nordbayern ihren Sitz von Würzburg nach Großwallstadt verlagert. Dabei handelt es sich um eine Außenstelle des Wirtschaftsministeriums für Innovationsförderung, die Projekte bewilligt, begleitet und prüft. Diese Verlagerung bringt den heimischen Unternehmen alleine schon den Vorteil der räumlichen Nähe. Sie ist aber zugleich auch Ausdruck des innovativen und kooperativen Klimas in der ZENTEC und am Bayerischen Untermain.

Entstanden ist die ZENTEC aus dem früheren Inno Z Gründerzentrum Großwallstadt und der Technologie- und Innovationszentrale. Nach wie vor zufriedenstellend verläuft die Entwicklung bei den Existenzgründern. Laut Heimann befindet sich die ZENTEC trotz der schlechten gesamtwirtschaftlichen Lage in einer „stabilen Vermietungssituation“. Die aktuelle Mietauslastung liegt bei 62 Prozent. Bisher haben sich 48 Unternehmen in der ZENTEC gegründet und für einige hundert Arbeitsplätze gesorgt.

Deutlich verschoben haben sich in den vergangenen Jahren die Aufgabenstellungen der ZENTEC. Immer mehr wird sie als ein attraktives und kompetentes Netzwerk für Forschung im Technologiebereich gesehen. Besonders erfolgreich arbeitete die ZENTEC als Projektträger bei der Hightech-Offensive des Freistaats Bayern. Dadurch ist es gelungen, zahlreiche Fördermittel in die Region Bayerischer Untermain fließen zu lassen. Neben dieser Wirtschaftsförderungsleistung bietet die ZENTEC für die Gebietskörperschaften auch zahlreiche weitere Leistungen an, so z. B. die Durchführung von Beratungstagen, Technologietagen, die Leitung des Innovationsforums sowie zahlreiche sonstige Projekte und Marketingaktivitäten. Heimann wies darauf hin, dass die ZENTEC auch in finanzieller Hinsicht einen positiven Geschäftsabschluss vorweist. **DK**

Mit Ritter „Eisi“ durch Landshuts Historie

Band 2 der Comic-Reihe jetzt erhältlich

„Eisi“ ist wieder unterwegs: Der kleine Ritter mit seinen dicken Sprechblasen erzählt spannende Episoden aus der Landshuter Historie. Eisi ist der Held einer außergewöhnlichen Comic-Reihe über die Landshuter Stadtgeschichte. Zum 800-jährigen Stadtjubiläum gibt die Drei-Helmen-Stadt nun den zweiten von insgesamt sieben geplanten Bänden heraus.

Die Comic-Reihe ist ein Beitrag zur 800-Jahr-Feier der Stadt Landshut. Vor drei Jahren feierte das Projekt mit dem ersten Band und damit auch der kleine Titelheld Eisi Premiere. Der kleine, lustige Ritter schickte die Leser mit dicken Sprechblasen auf die Reise durch die Stadtgeschichte und sinnierte über die „coole Zeit damals, im Mittelalter, hier in Landshut“. Er begann mit der Gründungszeit, die Burg Trausnitz gab es damals noch nicht. Der erste Teil endete mit dem großen Stadtbrand von 1342.

Die Sprache der Jugend

Mit dem Vorhaben, die Stadtgeschichte locker und leicht in einem Comic aufzuarbeiten, beschritt die Stadt Landshut 2001 einen neuen Weg. Die Idee hatte Helmut Stix, der Kulturbeauftragte der Stadt, schon lange im Kopf: „Geschichte war für mich in der Schule schon immer etwas, was sich in Bildern ausdrücken lässt. Außerdem ist Comic die Sprache der Jugend.“ Der letzte Anstoß, ein solches Comic-Projekt in die Tat umzusetzen, war die Herausgabe eines Kirchenführers über die Martinskirche für Kinder. Mit einer sehr guten Resonanz: „Da haben wir gemerkt, dass man auf diese Weise Geschichte in die Leute hineinbringen kann.“ Besonders auch die Jugend an die Stadtgeschichte heranzuführen, ist das große Ziel.

Am Comic-Projekt tüftelt ein erfahrenes Trio: Helmut Stix selbst rückt das Vorhaben grafisch ins beste Licht. Mit der selben Begeisterung sind der Grafiker Thomas Weyh und Werner Ebermeier, stellvertretender Leiter des Stadtarchivs, bei der Sache. Auf den Comic-Spezialisten Thomas Weyh wurde Helmut Stix aufmerksam, als dieser 1989 einen Plakatwettbewerb zum Münchner Oktoberfest gewann. Werner Ebermeier, der bei seiner Arbeit auch viel museumspädagogische Erfahrung gesammelt hat, steuert Texte zur Stadtgeschichte bei: mit einer Sprache, die locker und leicht ist sowie mit einem Text, der nicht zu viele Jahreszahlen beinhaltet. Und: Die Stadtgeschichte ist, mit allen neuen Erkenntnissen, auf dem aktuellsten Stand.

Bewegte Jahre

In Band 2 lotst Ritter Eisi die Leser durch die Zeit nach dem großen Stadtbrand im Jahr 1342. Der anschließende Wiederaufbau bildet den Auftakt der Handlung und bietet zugleich die Gelegenheit, den Blick auf verschiedene Handwerke und das mittelalterliche Zunftwesen zu lenken. Eine Handwerkerfamilie ist es denn auch, an deren Seite der Leser die bewegten Jahre zwischen dem Stadtbrand und der Hochzeit Herzog Ludwigs des Reichen im Jahr 1452 durchlebt. Nicht ohne Grund steht die Familie eines Plattnermeisters im Blickpunkt, denn das Landshuter Plattnerhandwerk ist weltberühmt.

Viele Ereignisse bringen die Stadt ins Wanken, die Pest trachtet den Menschen nach dem Leben, es kommt zu heftigen Spannungen mit den Bürgern und ihrem Herzog. Zu gut-

er Letzt aber darf ausgelassen von Arm und Reich die Vermählung Herzog Ludwigs gefeiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Geschichte ist das Schicksal der Juden in Landshut. Ihre Bedeutung für die Stadt, ihre Ausweisung und schließlich die Sagen, die sich um die Ereignisse ranken, werden mit der übrigen Stadtgeschichte verwoben.

Der neue Comic-Band ist im Verkehrsverein und im Buchhandel erhältlich. Band 3 wird sich dann der berühmten „Landshuter Hochzeit 1475“ zwischen dem Landshuter Herzogssohn Georg dem Reichen und der polnischen Königstochter Jadwiga widmen. Dieser soll im Aufführungsjahr 2005 erscheinen. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführer:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Herbsttagung des Bezirksvorstandes der CSU Mittelfranken:

Verwaltungsreform im Visier

Windsbach - Ein Schwerpunktthema der Herbsttagung des Bezirksvorstandes der mittelfränkischen CSU waren die Pakete 1 und 2 der Verwaltungsreform in Bayern. Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann: „Die CSU hat das Ziel klar vor Augen: Der Staat soll schlanker und Bürgerinnen und Bürger von unnötiger Bürokratie entlastet werden.“

Dabei gelte der Grundgedanke, einerseits Kompetenzen zu bündeln und andererseits die Präsenz der Verwaltung in der Fläche zu sichern: „Reformen sind kein Selbstzweck. Es müssen unter dem Strich neben dem Einspareffekt auch eine Verwaltungsvereinfachung und Verbesserungen für die Bürger herauskommen“. Dabei sollen die Anliegen der schwächer strukturierten Räume, vor allem in der ländlichen Fläche, berücksichtigt werden.

Bayern Klassenbester

Für Joachim Herrmann, auch Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, starten Bayerns Schülerinnen und Schüler unter guten Voraussetzungen ins neue Schuljahr. Mit seiner Bildungspolitik werde Bayern auch im neuen Schuljahr im Ländervergleich Klassenbester sein.

„Bayern tut deutlich mehr für Bildungschancen seiner Kinder, als der Durchschnitt der Bundesländer“. Das Statistische Bundesamt habe errechnet, dass der Freistaat je Kind 5.000 Euro in Bildung investiere, mehr als jeder andere Flächenstaat der alten Bundesländer.

Deutlich entspannt habe sich auch die Situation an den Grund- und Hauptschulen. 99 Prozent der Schulen hätten eine durchschnittliche Klassenstärke von unter 30 Schülern. Die Ent-

wicklung der sechsstufigen Realschule habe man im Blick, der große Erfolg des Modells habe dort zu starken Jahrgängen geführt.

„Der Erfolg gibt uns Recht“

Auf große Akzeptanz stoße auch das neue achtjährige Gymnasium. „Der Erfolg gibt uns Recht“, so der CSU-Fraktionschef. 3.000 Schüler mehr als geplant hätten sich angemeldet, weshalb dort kurzfristig zusätzlicher Lehrkräftebedarf entstanden sei. „Aber auch da haben wir reagiert und vor der Sommerpause mit vier Millionen Euro zusätzlich 73 Stellen für Aushilfskräfte zur Verfügung gestellt, trotz enormem Sparzwang“.

Unerwünschtes Taktieren

Die Opposition mache es sich zu leicht, wenn sie einfach mehr Geld, mehr Lehrer, mehr Schulen, mehr Lehrmittel und mehr Betreuung fordere, aber keinen machbaren Finanzierungsvorschlag vorlege. Die Menschen würden solches Taktieren aber durchschauen, und deshalb der Union in Bildungsfragen die höchste Kompetenz zusprechen.

Zu den bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen im Herbst und zu Hartz IV meinte Joachim Herrmann: „Arbeit und Leistung müssen sich wieder lohnen“. Die CSU werde ver-

deutlichen, dass staatliche Leistungen wie Sozial- und Arbeitslosenzuwendungen jeweils nicht nur durch frühere eigene Beiträge finanziert werden, sondern auch durch die Einzahlungen anderer, die nicht unnötig belastet werden dürften. „Der Staat kann nicht jedwedes persönliche Risiko abdecken und er kann und darf auch kein Selbstbedienungsladen werden“.

Ausrichtung der Politik

Joachim Herrmann versicherte: „Wir werden unsere Politik nicht nach Meinungsumfragen ausrichten, sondern nach Notwendigkeiten.“ Dies solle aber nicht heißen, dass die Sorgen und Nöte der Menschen auch angesichts zunehmender aber unvermeidbarer Globalisierung nicht ernst genommen würden. Ganz im Gegenteil: „Berechtigte Ansprüche müssen erfüllt und unberechtigte strikt zurückgewiesen werden.“

Eine Frage der Kompetenz

In den nächsten Monaten will sich die mittelfränkische CSU verstärkt mit SPD und Grünen auseinandersetzen und „verdeutlichen, wo die Kompetenz liegt“. Vor ihrem Treffen in Windsbach besuchte die mittelfränkische CSU das Studienheim des Windsbacher Knabenchor, wo Dekan Horst Heißmann und Chorleiter Karl-Friedrich Beringer über die ausgesprochen erfolgreiche Einrichtung informierten. Im Dezember wird der weltberühmte Windsbacher Knabenchor bei der Weihnachtsfeier des Landtags im Maximilianeum auftreten. **pm**

Highlights werden sein die bekannte Kabarettistin Sissy Perlinger und Schauspielerin Katja Riemann mit ihrem Oktett. Im Kabarettbereich gibt es ein großes Spektrum aus Süd-Nord- West- und Ostdeutschland. Von Finnland bis Italien, von Afrika bis in die USA - für Freunde der internationalen und nationalen Musikszene sind abwechslungsreiche Abende mit Stars wie Barbara Dennerlein, Edda Scollo, Sudan Aika, Virginia Mukwesa oder Penelope Houston geboten. Mit Katrin Saß und Eva Demski konnten zwei sehr unterschiedliche und interessante Schriftstellerinnen gewonnen werden. **DK**

Stadt Germering ab 1. Oktober „Große Kreisstadt“

Die Stadt Germering, Landkreis Fürstentumbruck, wird ab 1. Oktober 2004 die 27. Große Kreisstadt in Bayern. „Die Erklärung zur Großen Kreisstadt würdigt die langjährige solide Entwicklung Germerings und bestätigt die hohe Leistungsfähigkeit von Stadt und Stadtverwaltung“, gratulierte Innenminister Dr. Günther Beckstein Bürgern, Stadtspitze und Stadtverwaltung der oberbayerischen Stadt.

Mit der Erklärung zur Großen Kreisstadt übernimmt eine kreisangehörige Stadt nach der Gemeindeordnung im übertragenen Wirkungskreis eine Reihe von Aufgaben, die sonst vom Landratsamt als der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde wahrzunehmen sind. Dies sind insbesondere die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde, sowie verkehrs-, wasser- und gewerberechtliche Aufgaben.

Germering erfüllt mit knapp 37.000 Einwohnern aufgrund seiner finanziellen Leistungsfähigkeit und Verwaltungskraft die Anforderungen der Bayerischen Gemeindeordnung für die Erklärung zur Großen Kreisstadt. So lag die Steuerkraft 2003 der Stadt Germering deutlich über dem Landesdurchschnitt kreisangehöriger Gemeinden vergleichbarer Größenordnung und nur geringfügig unter dem Landesdurchschnitt kreisfreier Gemeinden vergleichbarer Größenordnung. Auch im langjährigen Vergleich wies die Stadt regelmäßig eine überdurchschnittliche Steuerkraft auf. Bereits seit Januar 1999 erfüllt die Stadt Germering eine Reihe von Aufgaben einer Großen Kreisstadt, u.a. ist sie untere Bauaufsichtsbehörde. Die Stadt hat in dieser Zeit bewiesen, dass sie über die notwendige Verwaltungskraft verfügt, alle zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen. **z**

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Wenn Sie dann einen time slot mit dem office des Landrats vereinbart haben, an dem wir unser meeting halten können, fragen Sie bitte, ob ich ihm vorher noch einen call geben kann.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah in mein fragendes Gesicht und lachte schallend. Nein, er sei nicht verrückt geworden, aber die gegenwärtige Diskussion um Denglisch habe ihn zu dem kleinen kabarettistischen Ausflug animiert.

Nachdem die Rechtschreibreform das Sommerloch erträglicher gemacht hat, erobert jetzt, an der Schwelle zu den Monaten, die eigentlich von ernsthaften Themen bestimmt sein sollten, eine neue Diskussion über die zu weit verbreitete Verwendung von englischen Begriffen den Luftraum über den Stammtischen.

Ausgerechnet die Wissenschaft, in deren Welt seit langem Englisch die lingua franca ist, hat die Diskussion angestoßen, nachdem die beiden

Sprache als Ausdruck des Geistes

Münchner Universitäten zu einer „University of Munich“ zusammen geschlossen werden sollen. Dieser vermeintliche Frevel ruft jetzt jede Menge Volk auf den Plan, um gegen zu viel Englisch in der Amts- und Behördensprache zu wettern. Erst heute früh flatterte uns ein Stadtratsantrag von Fanny Bacher ins Kontor, in dem sie von der Stadtverwaltung fordert, künftig englische Begriffe so weit es geht zu vermeiden.

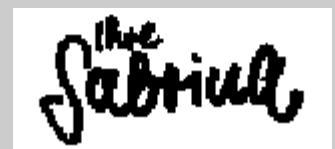
Obwohl ich mich ernsthaft frage, ob die öffentliche Verwaltung und die Politik wirklich der richtige Ansprechpartner für solche Forderungen sind. Oder vollziehen sie nur nach, was in der Gesellschaft eben trendy ist? Wenn man so will hat die Globalisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft eben auch die Sprache erreicht. Und die Behörden sind keineswegs die Vorreiter. Während man bei uns im Rathaus noch von einer Sitzung spricht, wenn man sich mit einigen Kollegen aus anderen Sachgebieten dienstlich trifft, heißt das in jeder Firma, die auch nur einen Betriebswirt Mitte Dreißig im team (sprich Personalkörper) hat, meeting. Ist

ja auch verständlich: Wenn man tagtäglich mit ausländischen Partnern zu tun hat, von denen auch alle englisch sprechen, egal ob sie aus Asien oder vom Balkan stammen, dann schleift sich das halt ein. Stichwort „weltumspannende Sprache Englisch“.

Und die Gesellschaft macht fleißig mit. Bis hin zu dem Phänomen, dass einzig im deutschsprachigen Raum die Mobiltelefonengeräte mit einem englisch klingenden, aber im englischen Sprachraum nicht existenten Begriff bezeichnet werden: Handy.

Das fährt natürlich auf die Politik ab, die ja dem Volk aufs Maul schauen und seine Sprache sprechen soll. Und manchmal gibt es halt englische Begriffe, die einen Sachverhalt präziser umschreiben, als dies jedes deutsche Wort könnte, wie z.B. cluster. Aus dem gleichen Grund - eine fremde Sprache hat einen treffenden Begriff - gibt es im Englischen das Wort „kindergarten“ und im Französischen „le waldsterben“. Und der „urdeutsche“ Begriff „Bank“ für ein Kreditinstitut kommt vom italienischen „banca“.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird jedenfalls weiter so sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Er wird nicht auf Teufel komm raus ein Fremdwort (egal ob Englisch, Französisch oder Latein) benutzen, wenn es einen verständlichen deutschen Begriff gibt - anders als etwa Post und Bahn, deren Dienstleistungsangebote seit der Privatisierung nur nach dem Besuch eines Englisch-Fortgeschrittenenkurses in Anspruch genommen werden können. Aber er wird auch keine semantischen Bauchaufschwünge machen, wenn ein fremder Begriff einen Tatbestand präziser bezeichnet als ein deutscher. Solche Offenheit kann das Deutsche nur bereichern, während selbsternannte Sprachpuristen aufpassen müssen, dass über die Entwicklung der Sprache nicht die Käseglocke einer beschränkten Weltsicht gestülpt wird. Nachdenkenswert ist alles in allem der Satz auf dem heutigen Kalenderblatt. Es ist von Novalis: „Sprache ist Ausdruck des Geistes.“



Grenzüberschreitendes Wirtschaftsportal wächst

Ostbayern und Westböhmen arbeiten in www.regioport.com zusammen

Mit der Aufnahme des westböhmisches Bezirks Karlovy Vary (Karlsbad) in das grenzüberschreitende Wirtschaftsportal www.regioport.com wird eine neue Dimension in der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit erreicht. Ende Juli unterzeichneten der stellvertretende Landrat des Landkreises Regen, Paul Killinger, der stellvertretende Landrat des Landkreises Cham, Egid Hofmann, der Präsident des tschechischen Bezirks Karlovy Vary, Dr. Josef Pavel und der Präsident der Regionalen Wirtschaftskammer Egerland, Ing. Krejčí, eine entsprechende Kooperationsvereinbarung.

Die Redner betonten, dass diese Kooperationsvereinbarung zu einem regen Informationsaustausch zwischen den Regionen beiderseits der Grenze beitragen werde. Mit der Zunahme des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Austausches werde auch das gegenseitige Verstehen und damit die Bereitschaft für gemeinsame Lösung von Problemen wachsen. Die Kooperation mit dem Bezirk Karlovy Vary biete eine außerordentliche Chance für die Wirtschaft in der Grenzregion.

„Netzwerk der Regionen“

Das Projekt [regioport.com](http://www.regioport.com) wurde im Jahr 2001 vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union mit den wirtschaftlichen Anpassungsproblemen in den Grenzregionen, aber auch den Chancen, gemeinsam die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, von den Landkreisen Cham und Regen mit bayerischen und tschechischen Partnern gestartet. Begonnen als „Vision, die

Grenzen überschreiten kann“ ist [regioport.com](http://www.regioport.com) heute ein 400 Inhaltsseiten umfassendes Internetportal für die Regionen in Ostbayern und die westböhmisches Bezirke. Als „Netzwerk der Regionen“ ist es zu einer ökonomischen Brücke zwischen Ost und West geworden.

Strukturellen Problemen entgegneten

Das Internetportal wendet sich an Unternehmer, Investoren, Existenzgründer, Auszubildende und Arbeitnehmer auf bayerischer und tschechischer Seite und ist für alle Nutzer kostenlos. Ziel ist ein vernetzter Wirtschaftsraum in der Grenzlandregion, mit dem strukturellen Problemen begegnet werden soll. Es gilt, Informationsdefizite und Hemmungen bei den regionalen Unternehmen abzubauen und ihnen ein hilfreiches Instrument zum Ausbau ihres Engagements im Nachbarland Tschechien anzubieten.

Aufgrund seines kostenlosen Eintrags kann jedes Unterneh-

men die vielfältigen Dienste des Portals nutzen: Zusammenfassung in Einkaufsgemeinschaften, aktuelle Branchen- und Marktinformationen, Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen, Zugriff auf Förderprogramme, Veröffentlichung und Suche von Gewerbeimmobilien, Expertenvermittlung oder Stellenbörse.

Sprachbarrieren begegnen

Da die Sprachbarriere ein großes Hindernis darstellt, kann der Eintrag der Unternehmensdaten wahlweise zusätzlich auch in englisch und tschechisch erfolgen. Mittlerweile unterstützen viele ostbayerische Landkreise, mit der Aufnahme von Karlovy Vary auch alle westböhmisches Bezirke, die Universität Pilsen sowie die ostbayerischen und westböhmisches Wirtschaftskammern das Projekt.

7500 weitere Unternehmen

Derzeit sind 2400 deutsche und 1100 tschechische Firmen eingetragen. Durch die Kooperationsvereinbarung mit der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz werden bald zusätzlich 7500 weitere Unternehmen im Portal vertreten sein. Monatlich greifen rund 2500 Unternehmer auf das Portal zu, davon rund 35 Prozent aus Tschechien. **DK**

„Der Oktober ist eine Frau“

Ingolstädter Künstlerinnentage: 10-jähriges Jubiläum

Vom 26. September bis 31. Oktober heißt es auch in diesem Jahr wieder: „Der Oktober ist eine Frau“. Zum zehnten Mal bereits veranstaltet die städtische Gleichstellungsstelle die Ingolstädter Künstlerinnentage.

In den vergangenen Jahren ist es der Gleichstellungsstelle und den Mitveranstaltern gelungen, aus dem anfangs sehr umstrittenen Projekt eine erfolgreiche Veranstaltungsreihe mit anspruchsvollem und kontrastreichem Programm zu entwickeln. Die Künstlerinnentage sind längst zu einem festen Bestandteil im kulturellen Leben der Stadt und der Region geworden.

Große Bandbreite

Zum Jubiläum dieser deutschlandweit einzigartigen Veranstaltungsreihe wurden Künstlerinnen aus Finnland, USA, Zimbabwe, Italien, Österreich und allen Teilen Deutschlands eingeladen. Somit kann das Publikum die Vielfalt und Bandbreite weiblichen Kulturschaffens verfolgen, genießen und diskutieren.

Kreativität und Können

„Der Oktober ist eine Frau“ - mit diesem Titel wollte die Gleichstellungsstelle vor zehn Jahren irritieren und durch diese Irritation dafür sensibilisieren, wie selbstverständlich es ist, dass Frauen im Kulturleben stark unterrepräsentiert sind. „Die Ursachen konnten wir nicht aus der Welt schaffen, aber wir zeigten mit 180 Veranstaltungen und über 250 Künstlerinnen, welche Kreativität und welches Können Frauen in den unterschiedlichsten Kunstsparten bieten“, betont Barbara Plötz, Leiterin der Ingolstädter Gleichstellungsstelle.

Über 50.000 Besucherinnen und Besucher interessierten sich

in den neun Jahren für das vielfältige Angebot von Künstlerinnen aus allen Erdteilen. Damit sollte konstruktiv zur Diskussion über die Chancengleichheit von Frauen in Kulturbetrieben beigetragen und gleichzeitig die Kulturlandschaft in Ingolstadt und der Region bereichert werden. So wurde zum Jubiläum ein Programm mit den „besten Künstlerinnen“ der vergangenen neun Jahre und vielen Überraschungen zusammengestellt.

Stadt und Landkreis Schweinfurt:

„Wenn Papa geht...“

Theaterstück greift an Schulen das Thema Trennung und Scheidung auf
Enttabuisierung als Ziel

Das Bild von Familie hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Nahezu jede zweite Ehe wird statistisch gesehen geschieden, wobei die eheähnlichen Lebensgemeinschaften noch gar nicht mit eingerechnet sind. Dies findet natürlich auch seinen Niederschlag in der Schule. Deshalb könnte Schule auch der Ort der Wahl sein, an dem die Kinder sich mit diesem Thema auseinandersetzen können.

Aufgrund zahlreicher Anfragen von Lehrerinnen und Lehrern haben die beiden Jugendämter im Landkreis Schweinfurt sich im Frühjahr 2003 entschlossen, die Problematik von Trennungs- und Scheidungskindern aufzugreifen.

Hervorragende Resonanz

Das Theaterstück wurde bereits im Frühjahr 2004 mit sehr guter Resonanz von Seiten der Schulen in 32 Klassen an 18

Grund- und Hauptschulen im Landkreis und in der Stadt Schweinfurt aufgeführt. Im Oktober nun bieten die Jugendämter des Landkreises und der Stadt Schweinfurt eine zweite Veranstaltungsreihe an. Die betreffenden Schulen wurden bereits vor den Sommerferien informiert und noch wenige Termine sind offen. Diese sind entsprechend bei der Kommunalen Jugendarbeit des Landkreises bzw. der Stadt zu erfragen.

Im Bereich des Erziehungs-

schen Kinder- und Jugendschutzes hat sich das Plazieren unterschiedlichster Themen mittels eines Theaterstückes mit entsprechender Vor- und Nachbereitung an den Schulen sehr gut bewährt. Nachdem zu dieser Thematik keine adäquate Produktion existierte, wurde „Chapeau Claque“, ein Verein für kreative Medien und Kulturpädagogik e. V. aus Bamberg, mit der Entwicklung eines Mitmachtheaterstücks beauftragt.

Lionsclub als Förderer

Der Lionsclub Schweinfurt konnte als Förderer gewonnen werden. Er übernahm die anfallenden Entwicklungskosten für das anspruchsvolle Theaterstück für die Altersgruppe der 1. bis 4. Klasse.

Solidarität erfahren

Als ein Hauptziel wurde die Enttabuisierung der Thematik auf unterschiedlichsten Ebenen formuliert. Die Kinder sollen zum einen die Möglichkeit bekommen, sich spielerisch und begleitet mit der Thematik zu

beschäftigen, Schulkameraden in solchen Situationen besser verstehen lernen und Verständnis und Handlungskompetenz für entsprechende Lebenslagen entwickeln. Zum anderen sollen betroffene Kinder in diesem Rahmen indirekt Solidarität erfahren (anderen im Theaterstück geht's auch so), Rat bzw. Unterstützung finden und sich im Nachhinein reflektierend damit auseinandersetzen.

Vielfältige Aspekte

Im Mitmachtheaterstück „Wenn Papa geht...“ von Dirk Bayer geht es um die vielfältigsten Aspekte des Themas Trennung, die das Kind betreffen. Wie fühlt sich das Kind, wenn die Eltern immer wieder streiten (also auch nicht nur Scheidungskinder!)? Welche Empfindungen bewegen das Kind, wenn sich die Eltern trennen? Wie mit diesen Emotionen umgehen? Was kann ein Kind tun, wenn es mit Konflikten dieser Art in seinem sozialen Umfeld konfrontiert wird?

Einstieg in die Thematik

Zur Einführung in die Thematik wurde in annähernd allen beteiligten Schulklassen im Vorfeld des Theaterstückes über das Thema „Trennung und Scheidung“ gesprochen. Manche Schulen setzten Lesestücke zur

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage für Abonnementwerbung für die Zeitschrift „Sekretärinnen Handbuch, Sekretärinnen-Briefe-Manager“, Bonn, (Postvertriebskennzeichen: G 13956), G 59849) bei.

Vorbereitung ein, andere Schulen nahmen das Theaterstück selbst als Einstieg in die Thematik, die anschließend im Klassenverband weiter bearbeitet wurde.

Nachbereitung

Bei der Nachbereitung des Theaterstückes nutzten die Lehrkräfte vor allem die von den Jugendämtern und „Chapeau Claque“ erarbeiteten Materialien. Einige Schulklassen nutzten das Theaterstück, um anschließend die Thematik im Klassenverband mit Rollenspielen aufzuarbeiten. Dabei wurden auch konkrete Ergebnisse wie die Einführung von Streitregeln für die Klasse erarbeitet.

Offensiver Umgang

Aber auch Lesestücke fanden in der Nacharbeit wieder ihren Einsatz, ebenso wie allgemeine Gesprächsrunden der Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Bereitschaft von Lehrerinnen

und Lehrern, als ständiger Gesprächspartner bei Fragen und Problemen der Kinder zur Verfügung zu stehen.

Anfänglich geäußerte Bedenken von Erwachsenen, das Theaterstück könne bei Kindern Ängste hervorrufen, haben sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Es hat sich gezeigt, dass dieses Thema zur Lebenswelt der Kinder gehört und diese größtenteils offensiv damit umgehen. Dies wurde vor allem durch das Engagement und die Äußerungen aller Kinder in den Schulaufführungen deutlich. Insgesamt hat es den Schülerinnen und Schülern gefallen, dass sie sich und ihre Erfahrungen in das Theater einbringen und so den Verlauf der Geschichte mitbestimmen konnten.

Von Lehrern empfohlen

Auch für Schüler, die nicht betroffen sind, hatte das Projekt positive Auswirkungen. Sie äußerten in vielen Aufführungen Verständnis für ihre betroffenen Schulkameraden. Von allen beteiligten Lehrerinnen und Lehrern wurde das Stück zur Bearbeitung

Vorschau auf GZ 19

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 19, die am 7. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ≪ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ≪ Kommunale Baupolitik
- ≪ Garten- und Landschaftsbau
- ≪ Kommunalfahrzeuge
- ≪ Kommunale Repräsentation